Nr. 110. Halle (Saale), Montag, den 12. Mai 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis:
Monat. 1.20 Mk. frei Haus, bei Bestellung ab Postamt monatlich 1.20 Mk., vierteljährl. 3.6 Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld; extra.
Erscheinungsweise:
Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto:
Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1.60 Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernsprechanschluß Nr. 1045.
Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Hoffnung auf Verhandlungen.

Eine Antwort Clemenceaus.

Versailles, 11. Mai. (W. T. B.) Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:

Herr Vorsitzender! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, welche die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Texte der Friedensbedingungen enthält. In Beantwortung dieser Mitteilung möchten sie die deutsche Delegation daran erinnern, daß sie sich bei der Festsetzung der Vertragsbestimmungen ständig von den Grundsätzen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind.

Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterung ihres Rechtes lassen, alle die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, sowie sie sie festgesetzt haben, aufrechtzuerhalten; sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben.

Diese Antwort enthält, obwohl sie formell jede grundsätzliche Erörterung des Friedensentwurfes abzulehnen scheint, tatsächlich eine erneute Festlegung auf die Vereinbarung vom 5. Oktober v. J. Außerdem legt sie praktische Vorschläge zu Verhandlungen über die einzelnen Kapitel des Friedensentwurfes nahe. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Gegner am 10. Mai eine größere Anzahl von Druckexemplaren unserer Vorschläge zum Völkerbund und um Arbeiterrecht erbeten haben.

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet:

Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfes eines Völkerbundes zu bestätigen. Der Entwurf wird der zuständigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet wird, übermittelt werden. Die deutschen Delegierten wurden durch eine neue Prüfung der Völkerbundsbestimmungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesen Bund nicht übersehen, sondern ausdrücklich im 2. Absatz des ersten Artikels vorgesehen ist.

Genehmigen Sie usw.

Diese Antwort umgeht den Kernpunkt unserer Frage, der sich darauf bezieht, daß Deutschland eine Bundessatzung als Teil des gesamten Vertrages unterzeichnen soll, obwohl es weder als ursprüngliches noch als eingeladenes Mitglied dem Bund angehört. In Ausführung der in der ersten Antwort enthaltenen Aufforderung werden heute praktische Fragen und Bemerkungen übergeben werden, die auf die territorialen Abtretungen Bezug haben.

Einberufung des Staatenausschusses.

Berlin, 10. Mai. (W. T. B.) Die Reichsregierung hat zu Montag, den 12. Mai, mittags 1 Uhr, den Staatenausschuß nach Berlin einberufen.

*

Berlin, 11. Mai. Heute fand die dritte Sitzung des Reichskabinetts über die Friedensbedingungen statt, in der besonders der Wortlaut der Erklärungen festgelegt wurde, die Ministerpräsident Scheidemann in der morgigen Sitzung der Nationalversammlung abgeben wird. Wie es weiter heißt, wird die gesamte deutsche Uebersetzung des Friedensentwurfes diesen Dienstag fertig sein.

U. S. P.-Arbeiterräte gegen den Gewaltfrieden.

In der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte gab Genosse Richard Müller namens der Fraktion der Unabhängigen eine scharfe Erklärung gegen den Gewaltfrieden ab, in der auch die verbrecherische Kriegspolitik der deutschen Imperialisten, Kriegstreiber und Durchhalter nachdrücklichst gebrandmarkt wird. — Von der Regierung Ebert-Scheidemann heißt es dann:

„Ein schwerer Fehler der gegenwärtigen deutschen Regierung war es auch, daß sie Männer zu Friedensunterhändlern bestimmte, die während des Krieges dem deutschen Imperialismus Vorschub geleistet haben. Die nächste Aufgabe muß sein, den harten Diktatfrieden durch Verhandlungen zu mildern. Die Fraktion der Arbeiterräte der U. S. P. D. Groß-Berlins hat zu der gegenwärtigen Regierung nicht das Vertrauen, daß sie eine Milderung der Friedensbedingungen durchsetzen kann. Sie ist überzeugt, daß nur eine Umgestaltung des deutschen Staatswesens im Sinne des Rätesystems die Voraussetzungen schaffen wird, die dem deutschen Proletariat das Vertrauen seiner Klassengenossen im Auslande eintragen wird. Damit wird auch die Gewähr gegeben, den imperialistischen Gewaltfrieden in einen sozialistischen Dauerfrieden umzuwandeln.

Die Fraktion der U. S. P. D.-Arbeiterräte Groß-Berlins verlangt vom Zentralrat die sofortige Einberufung eines Rätekongresses auf Grund des Berufs- und Betriebswahlsystems, damit die deutschen Arbeiterräte zur Friedensfrage Stellung nehmen können.

Der Vollzugsrat wird beauftragt, sofort mit dem Zentralrat wegen Einberufung eines Rätekongresses in Verhandlungen zu treten . . .

Die Arbeiterräte Deutschlands appellieren an das Menschlichkeitsgefühl und an das sozialistische Gewissen des Proletariats der Ententeländer und erwarten von ihm, daß es sich auch seinerseits gegen den Gewaltfrieden wendet. Nur in der gemeinsamen Kampffront des internationalen Proletariats gegen den Weltimperialismus liegt die Gewähr eines dauernden Völkerfriedens und des Sieges des Sozialismus.

Die Protestbewegung.

Berichte über Protestkundgebungen gegen den Diktatfrieden liegen in Fülle vor. Raummangels wegen müssen wir jedoch auf ihre Veröffentlichung verzichten. W. T. B. meldet, daß „der Entrüstungssturm über die vorliegenden Friedensbedingungen in ganz Deutschland von Stunde zu Stunde zunimmt. Der Danziger Magistrat beschloß, eine Abordnung von zwölf Mitgliedern nach Berlin zu senden, die sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen soll. — In Ober-Schlesien herrscht starke Erregung. Es gehen von sehr vielen Orten Protestkundgebungen ein, vor allem auch, laut Berl. Tagebl., von solchen an der Grenze, die sich entschlossen gegen die Angliederung in Polen aussprechen. — Auch aus Bayern erheben sich scharfe Proteste. — Auf die Bevölkerung der Rheinlande haben, der Voss. Ztg. zufolge, die Friedensbedingungen niederschmetternd gewirkt. Man sei einig in dem Willen, in der Zukunft, bringe sie was sie wolle, treu zum Reiche zu stehen.

Berlin, 12. Mai. (W. T. B.) Eine Riesenkundgebung für den uns aufgezwungenen Gewaltfrieden, die mit einem tausendstimmigen Nein der Ablehnung endete, hatte gestern über 6000 Bürger und Bürgerinnen von Charlottenburg vereinigt, die auf den gemeinsamen Ruf der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gekommen waren. Der frühere Staatsminister Lentze kennzeichnete die Friedensbedingungen als von beispielloser Grausamkeit erfüllt. Die Deutsche demokratische Partei veranstaltete nachmittags eine Protestversammlung auf dem Tempelhoferfelde. Es wurde der von der deutschen demokratischen Fraktion der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung veröffentlichten Entschließung zugestimmt. Am Abend waren auf Einladung der Deutschnationalen Volkspartei viele Tausende in der Philharmonie versammelt, um gegen die schmachvollen Friedensbedingungen Stellung zu nehmen.

Von 4000 Mitgliedern besucht, nahm die Hauptversammlung des Deutschen Beamtenbundes einen Protest gegen den Gewaltfrieden an.

In Wien fanden stürmische Kundgebungen für den Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes und für das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreichs statt.

*

Die Haltung der französischen Sozialisten.

Versailles, 11. Mai. (W. T. B.) Populaire meldet: Der internationale sozialistische Ausschuß prüfte gestern nachmittag und heute vormittag die Friedensvertrags-Bestimmungen eingehend und erörterte die Ausarbeitung einer Kundgebung, deren Abfassung einem Unterausschuß übertragen wurde. Es wurde beschlossen, eine möglichst baldige Unterredung mit dem Viererrat zu fordern. — Der sozialistische Seine-Verband prüfte heute nachmittag in einer zusammenberufenen Generalversammlung die durch die Versailler Präliminarien aufgeworfene beklemmende Friedensfrage. Es wird beabsichtigt, gegen den Imperialismus der Ententeländer Einspruch zu erheben und Richtlinien für ein Vorgehen aufzustellen.

Wilhelm wird ausgeliefert.

London, 11. Mai. (W. T. B.) Die National News melden aus dem Haag, daß die holländische Regierung beschlossen habe, den früheren deutschen Kaiser auszuliefern.

China unterzeichnet nicht?

Peking, 11. Mai. (W. T. B.) China hat seine Delegierten in Paris beauftragt, einen Frieden, der Japan die deutschen Rechte anschantung zugesteht, nicht zu unterzeichnen.

Der Postverkehr mit Amerika.

Amsterdam, 10. Mai. Die Niederländische Telegraphenagentur erfährt drahtlos aus Neuyork: Das amerikanische Departement für das Postwesen teilt mit, daß der Postverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, Oesterreich, Jugoslawien und der Tschechoslowakei via Niederlande wieder aufgenommen wird. Vorläufig werden nur eingeschriebene Briefe und Postkarten in den Vereinigten Staaten für den Postverkehr nach den beiden erstgenannten Ländern angenommen, während der Postpaketverkehr noch nicht zugelassen ist.

Was ist zu tun?

Der unerhörte Diktatfrieden von Versailles drängt jedem Denkfähigen gebieterisch die Erkenntnis auf, daß es jetzt um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht. Unterzeichnen oder nicht unterzeichnen, das ist gegenwärtig die Frage aller Fragen. Sie steht auch im Mittelpunkte der erbitterten und leidenschaftlichen Protestbewegung, die im deutschen Volke gegen die Raub- und Vergewaltigungspläne des Entente-Imperialismus eingesetzt hat. Wenn leidenschaftliche Aufwallung des Gefühls die Verwerfung und Nichtunterzeichnung der von der Entente aufgestellten „Friedens"-bedingungen stürmisch zur allgemeinen Losung erheben möchte, so ist das, rein menschlich betrachtet, wohl verständlich. Aber die Lösung der Frage ist doch so ungemein schwierig und die Folgen der Annahme oder Ablehnung der Ententeforderungen sind von derart tiefgreifender und unberechenbar weittragender Bedeutung, daß darüber nicht rein gefühlsmäßig entschieden werden kann, sondern dazu reifliche Ueberlegung, klare Vernunft und kühles Denken unerläßlich sind. Gefühl, Erbitterung, Haß, Verblendung sind in allen Lebenslagen schlechte Berater, in der Politik aber noch ganz besonders.

Von diesen Trieben lassen sich vornehmlich wieder unsere Reaktionäre, die alldeutschen Schreier beherrschen und leiten, die durch ihre Kriegshetze und ihr verbrecherisches kriegsverlängerndes Treiben so unsägliches Unheil über das deutsche Volk heraufbeschworen haben. Auch heute ist ihnen kein Mittel zu verwerflich, um die nationalistischen Leidenschaften wieder bis zur Siedehitze aufzupeitschen. Sie stimmen wieder wütende Haßgesänge an und gebärden sich wieder als die einzigen und wahren „Patrioten". Dieser „Chor der Rache" wird besonders von Blättern vom Schlage der alldeutsch-agrarisch Deutschen Tageszeitung, der Kreuzzeitung usw. angeführt. So schürt die Deutsche Tageszeitung:

„Deshalb predigen wir heiligen Haß gegen alle, die zum Raub unseres äußeren Glückes auch noch den Raub unserer Seele fügen wollen. Wann ersteht uns der Mann, der all diesen heiligen Zorn gegen feindliche Heuchler und Schänder und gegen Christlichkeit und Volksmoral im eigenen Lande sammelt zu einer einzigen verzehrenden Flamme der Reinigung und Erlösung aus fremder Schmach?"

Wie die Deutsche Tageszeitung, so vertritt auch die Kreuzzeitung den Standpunkt, man soll es ruhig „darauf ankommen lassen", was wird, wenn wir ablehnen. Allerdings die Leute, deren Interessen von diesen beiden Blättern vertreten werden, halten es noch eine gute Weile aus. Wie sie während der ganzen Dauer des Krieges nicht viel vom Kriegselend zu spüren bekamen, haben sie auch bisher von den wirtschaftlichen Folgen der Hungerblockade nach dem Umsturz nicht viel Unangenehmes erfahren. Die Fortsetzung der Blockade würde ihnen jedoch eine Konjunktur eröffnen, die in der Tat dazu verlockt, es „darauf ankommen" zu lassen.

Dabei haben diese alldeutschen Haßprediger sogar noch die eiserne Stirn, das deutsche Volk zu schmähen und zu beschimpfen. So hat in diesen Tagen des Düsters und des Entsetzens der bekannte alldeutsche Professor Gustav Röthe an der Universität zu Berlin die herausfordernde Frechheit gehabt, in seinem Kolleg über deutsche Literaturgeschichte den Satz auszusprechen: „Nur einem von Juden und Sozialisten verhetzten Volke konnte eine derartige Katastrophe zustoßen!" Der Herr hat offen ausgesprochen, was jetzt mehr oder minder deutlich durch fast alle die Leitartikel der sogenannten nationalen Presse geht. Schuldige, die das Brandmal an der Stirn tragen, suchen die Spur ihrer Taten zu verwischen.

Die Aufputschung der nationalistischen Instinkte wird indes selbst von sonst „gemäßigteren" bürgerlichen Kreisen nicht verschmäht. Der deutsche Reichsbürgerrat fordert in einer Kundgebung gleichfalls entschiedene Ablehnung der „Friedens"-bedingungen der Entente. Auch die Kundgebung des Magistrats von Halle ist ja auf den gleichen Ton gestimmt. Man mimt die „heroische Geste", die selbst Scheidemann verwarf. Wie großartig hört es sich doch an, wenn der Magistrat feierlich ausruft:

„Lieber rasch sterben, als in aufreibender, entehrender Sklavenarbeit zugunsten der Feinde allmählich aber sicher unterzugehen."

Man müßte nur nicht wissen, daß all diese Herrschaften während des Krieges das Sterben gewöhnlich den — andern überlassen haben, und es wahrscheinlich auch heute, wenn es Ernst würde, nicht anders machen würden. Denn in ihren Kreisen und nicht bei den Arbeitern sind die wohlgefüllten Hamsterlager zu finden und der — Schleichhandel findet gerade in ihnen die besten Abnehmer, weil sie über den gestrafften Geldbeutel und über die vollen Geldschränke verfügen. — Den Versicherungen dieser todesmutigen Volksgenossen, daß sie mit dem „raschen Sterben" den Anfang machen werden, wird das schaffende Volk erst dann glauben, wenn sie sich mit den ihnen vom Magistrat gelieferten Lebensmittelmengen begnügen und auf die reichlichen Zuwendungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905 12-17/fragment/page=0001

aus dem Schleichhandel freiwillig verzichten ... Andernfalls wird ihr hochtrabendes Wortgelön im Volke ohne jede Wirkung bleiben.

Die große Masse des arbeitenden Volkes hat während des Krieges zu viel böse Erfahrungen mit dem „Hochsinn" und der „Uneigennützigkeit" dieser bürgerlich-kapitalistischen Herrschaften gemacht, als daß sie ihre guten Ratschläge und großartigen Heldengesten nicht richtig einzuschätzen vermöchte. Diese Art Volksberater findet den Weg zu den Volksmassen immer nur dann erst, wenn der heilige kapitalistische Profit bedroht ist. Für ihn durfte sich das Volk auf den Schlachtfeldern verbluten und hinmorden lassen, und für ihn soll es sich jetzt in der grauenhaften Not wieder opfern. Da will man den „Burgfrieden" schimpflichen Angedenkens zu neuem Leben erwecken, da soll „der Parteihader schweigen", da wird so schön von einem „einzigen Volk von Brüdern" gesprochen. Aber das Volk müßte ja geradezu geistig völlig verblödet sein, wenn es diese „Einigkeit", die durch den Belagerungszustand und durch die Schandtaten der Noskesöldlinge so anschaulich gekennzeichnet wird, nicht durchschauen würde, wenn es vergessen hätte, wie ihm durch den vom kapitalistischen Bürgertum so liebevoll gehätschelten neuen Noske-Militarismus eine Errungenschaft der Revolution nach der andern wieder entrissen wurde; wenn ihm aus dem Gedächtnis entschwunden wäre, wie es heute noch von den Wucherern und Schleichhändlern bis aufs Hemd ausgeplündert wird ...

Gewiß, in dem flammenden, zornerfüllten Protest gegen das zermalmende Joch, das der Entente-Imperialismus dem deutschen Volke auferlegen will, ist die revolutionäre Arbeiterschaft eins mit allen anderen Klassen des deutschen Landes. Aber weiter geht diese Gemeinschaft nicht, und wenn wir je in die Versuchung kommen sollten, das zu vergessen, wenn wir gegenüber der ungeheuren Schuld, die die Machthaber der Entente jetzt gegen das deutsche Volk auf sich laden, die Erkenntnis der nicht minder grossen derjenigen verlieren wollten, die unser Volk in diesen Abgrund der Vernichtung gestürzt haben, sie selbst würden uns daran erinnern.

Die von keines Gedankenblässe angekränkelte Forderung der bürgerlichen Reaktionäre, dem Friedensvertrage die Unterschrift zu verweigern, erhebt auch Stampfer, der „Chefredakteur" des „Zentralorgans" der Scheidemannschen Sozialdemokratie. Zur Begründung der Unterschriftverweigerung muß — Belgien als Vergleich herhalten. Stampfer schreibt im Vorwärts u. a.:

„... Und wenn es Jahre dauert, wir dürfen nicht weich werden; wir haben das heldenmütige Beispiel des kleinen Belgien unmittelbar vor uns, das in ähnlichen Verhältnissen vier Jahre lang ausgehalten hat. Was Belgien konnte, müssen wir auch können."

Wenn man diesen Vergleich überhaupt ernst nehmen soll, so ist doch zu bemerken, daß er ganz gewaltig hinkt. Was Belgien „konnte", konnte es eben nur deshalb, weil es die ganze ungeheure Kriegs- und Wirtschaftsmacht der Entente hinter sich hatte und weil Amerika für seine Verpflegung sorgte. Belgien „konnte" „heldenmütig" ausharren, weil es des schließlichen Sieges gewiß sein konnte.

Wie aber würde es Deutschland ergehen, wenn es den „Friedens"vertrag der Entente nicht unterzeichnet? Die Ententeheere würden ganz Deutschland besetzen und ihm vor allem die lebenswichtigen Rohstoffgebiete, die Kohlenbergwerke in Rheinland-Westfalen, in Oberschlesien usw. abschließen. Die Hungerblockade würde verschärft einsetzen. Die Folge davon würde ein weiteres großes Massensterben sein, weitere Millionen Menschenleben würden vernichtet — und nach einigen Monaten aussichtslosen Kampfes müßten wir vielleicht noch härtere Bedingungen unterschreiben! Nehmen wir sie jedoch jetzt an, so bleiben uns wenigstens alle die Lebensquellen geöffnet, die uns der Machtfrieden noch läßt und wir erhalten vom Auslande auch fernerhin die uns so dringend nötigen Nahrungsmittel.

Der beste Ratgeber ist, nach Goethe, die Notwendigkeit. Und die erfordert in der Lage, in der sich Deutschland befindet, ein ruhiges, kühles und klares Abwägen des Für und Wider. Die dringendste und wichtigste Aufgabe der deutschen Regierung ist zunächst, nichts unversucht zu lassen, um durch Verhandlungen namentlich die erdrückenden wirtschaftlichen Bedingungen zu mildern, die das deutsche Wirtschaftsleben zu erdrosseln drohen. Denn die Forderungen, die hier die Entente stellt, sind für Deutschland unerfüllbar. Das den Entente-Gewaltgabern übergezeigend darzulegen, das ist eine der wichtigsten Obliegenheiten, die die deutsche Friedensabordnung bei den Verhandlungen in Versailles zu erfüllen haben wird. Erreicht sie damit nichts, bestehen die Sieger auch hier auf ihren undurchführbaren Forderungen, nun so werden sie bald erfahren müssen, daß sie sich in ihrer wahnwitzigen Verblendung gründlich verrechnet haben. Dann wird das Schillerwort zur Wahrheit werden: „Allzu straff gespannt zerreißt der Bogen und auf den Schützen prallt der Pfeil zurück!" Die Drachensaat, die aus der brutalen Gewalt mit Naturnotwendigkeit entsprießen muß, werden dann zuletzt die ernten, die sie ausstreuten. Auch die Dinge haben eben ihr eigene Dialektik und es wohlt auch ihnen ein ehernes Gesetz inne. Es werden mit der Zeit sittliche und geistige Kräfte erstehen und wirksam werden, die die Gewalt und die Knechtschaft gleichsam von innen aushöhlen, sie lahmlegen und unwirksam machen. Es sind da die mannigfachsten Möglichkeiten und Wirkungen denkbar, die sich heute im einzelnen noch gar nicht übersehen lassen. — Eine wirkende Kraft, die wir zwar nicht überschätzen, mit der aber doch zu rechnen und auf die vertrauensvoll zu bauen ist, ist dabei die klassenbewußte Arbeiterschaft Frankreichs, Englands und Italiens. Schon beginnt in den Ländern der Entente und im neutralen Ausland der Gegensatz gegen die brutalen Pläne der Entente-Imperialisten. Das Pariser Proletariat geht voran — der Generalstreik steht in der französischen Hauptstadt vor der Tür; die Regierung Clemenceau sucht mit dem ungeeignetsten Mittel, mit der Verbaftung der Führer den Sturm zu bannen. In England wird Protest in scharfen Resolutionen der Arbeiterorganisationen formuliert. Wir sind weit davon entfernt, diesen Erscheinungen übermäßige Bedeutung beizumessen, von ihnen schon eine sofortige Wirkung zu erwarten. — Aber diese Ereignisse zeigen bereits die Achillesferse des Gewaltfriedens. Sie sind die ersten Angeichen einer Entwicklung, deren Tempo wir nicht zu bestimmen vermögen, von der wir aber wissen, daß sie das Ungeheuer von Versailles zu Fall bringen wird.

Die deutsche, klassenbewußte, revolutionäre Arbeiterschaft selbst kann nach Kräften dazu beitragen, wenn sie mit entschlossenem Nachdruck die Verwirklichung des Sozialismus anstrebt. Sie beschleunigt damit die Weltrevolution und hilft die Macht schaffen, die mit dem Sturze des Entente-Imperialismus auch das deutsche Volk aus seiner furchtbaren Not und Bedrängnis erlösen wird!

Staatsangestelltenstreik in Oesterreich.

Wien, 10. Mai. (Corrbureau.) Heute früh begann ein eintägiger Streik der sämtlichen Angestellten beim liquidierenden Kriegsministerium und aller Bediensteten beim Staatsamt für Heerwesen. Es handelt sich um etwa hunderttausend Personen, die erhöhte Löhne beanspruchen. Die Wiener Streikenden hielten vormittags Versammlungen ab. Vor dem Staatsamt herrschte vollkommene Ruhe

Sie sollten schweigen!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Ebert-Scheidemann) wendet sich in einem Aufruf an die Sozialisten aller Länder, damit die sozialistische Internationale ihre Stimme gegen einen Gewaltfrieden so laut erhebe, daß in den siegreichen Ländern die Machthaber von heute auf sie hören müssen.

Dazu schreibt die Freiheit mit berechtigter Schärfe: Die Internationale hat auf den Appell derer, die sie am schmählichsten und feigsten verraten haben, nicht erst gewartet und es ist eine geschmacklose Ueberhebung derjenigen, deren Kriegspolitik die Internationale gesprengt, den Krieg verlängert und die Größe des Unglücks vermehrt hat, die Internationale an ihre Pflicht erinnern zu wollen.

Wo war denn dieser elende Vorstand, als es galt, Protest zu erheben gegen den Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest, die noch schlimmer waren, als der Versailler Friede? Da haben sie geschwiegen oder sogar noch zugestimmt und wenn Deutschland heute siegreich wäre, so würde der Gewaltfriede, den es dann diktiert hätte, im besten Fall einen lahmen Protest dieses Vorstandes ausgelöst haben, falls nicht seine Leute in der Regierung geblieben und die Annahme empfohlen hätten.

Diese Leute sollen schweigen, denn wenn sie reden, wenn die Scheidemann und Noske, die Landsberg und David reden, kann muß das auf wahre Sozialisten und Internationale als aufpeitschende Provokation wirken. Die Hehler der deutschen imperialistischen Raubpolitik, die Nationalisten und Sozialimperialisten, haben ein- für allemal das Recht verscherzt, sich an die Internationale zu wenden.

Und wenn sie heute noch die Frage zu stellen wagen, ob die Sozialisten der andern Länder ihre Haltung der „Landesverteidigung" verstehen, die durch den Sieg des Ententeimperialismus gerechtfertigt sei, so zeigt die Frage nur, daß es verstockte Sünder sind, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. An der Größe der Katastrophe ist die Haltung der Rechtssozialisten schuld, denn nur sie ermöglichte die endlose Fortsetzung des Krieges bis zum völligen Niederbruch und ihre schmähliche innere und äußere Politik seit dem 9. November verhinderte es, daß Deutschland in der Not Freunde und Helfer erstanden sind. Wenn sie meinen, an der jetzt aufflammenden nationalen Erregung ihr erkaltendes Parteisüppchen wärmen zu können, ängstlich lauernd, ob sie als Bringer des Friedens oder als Nutznießer einer nationalen Verzweiflungspolitik besser abschneiden, so täuschen sie sich. Aus dieser Katastrophe werden auch diese Vielgewandten nicht heil herauskommen.

Eine unerhörte Forderung!

Deutschland soll 140 000 Milchkühe abgeben.

Obwohl Deutschland in der Fleisch-, Milch- und Butterversorgung so erschüttert ist, daß selbst den Säuglingen nicht mehr die notwendige Milch verabreicht werden kann, fordert die Entente von uns Hunderttausende von Tieren, darunter allein 140000 Milchkühe.

Versailles, 9. Mai. Die laut Friedensvertrag von Deutschland zu leistenden Viehlieferungen belaufen sich im einzelnen folgendermaßen: 1. An die französische Regierung 500 Zuchthengste von 3 bis 7 Jahren, 30 000 Stutenfüllen und Stuten von 18 Monaten bis 7 Jahren von ardennischen, boulonnaiser und belgischer Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 90000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren, 1000 Böcke, 100 000 Schafe und 10000 Ziegen. 2. An die belgische Regierung 200 Zuchthengste von 3 bis 7 Jahren, 5000 Stuten von 3 bis 7 Jahren, 5000 Stutenfüllen von 18 Monaten bis 3 Jahren, sämtlich schwere belgische Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 50000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren, 40000 Köpfe Jungrind, 200 Böcke, 20 000 Schafe und 15 000 Mutterschweine. Die abgelieferten Tiere müssen von normaler Gesundheit und Verfassung sein. Falls die gelieferten Tiere nicht als verschleppte oder beschlagnahmte identifiziert werden können, wird ihr Wert Deutschland kreditiert werden.

Nosketruppen in Leipzig eingerückt!

Leipzig, 11. Mai. (W. T. B.) Am Sonntagmorgen sind nach konzentrischem Bahnantransport Regierungstruppen unter General Maercker von vier Seiten her in Leipzig eingerückt und haben die Stadt ohne Kampf besetzt. Die Stadt ist ruhig. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Leipzig, 11. Mai. In den heutigen frühen Morgenstunden sind ganz unerwartet Regierungstruppen in Leipzig eingerückt und haben alle staatlichen und städtischen Gebäude, den Bahnhof, das Telegraphenamt, die Banken usw. besetzt. General Maercker hat den Oberbefehl übernommen und über Leipzig und anstoßende Vororte das Standrecht proklamiert. Das Betreten der Straßen und Plätze ist von 8.30 abends bis 4.30 morgens verboten. Ansammlungen von mehr als 20 Personen ist untersagt. Die Sicherheitstruppen, die auf unabhängiger und spartakistischer Seite stehen, werden entwaffnet und aufgelöst. Die Bevölkerung wird aufgefordert, alle Waffen abzuliefern. Die Volkszeitung und die Rote Fahne dürfen bis auf weiteres nicht erscheinen. General Maercker erklärt, daß er im Einverständnis mit der sächsischen Regierung die „Ordnung" in Leipzig wieder herstellen und der Regierung Anerkennung verschaffen solle. Die Aufregung unter der Leipziger Bevölkerung ist groß; es bilden sich überall Gruppen, die das Ereignis erörtern. Die Straßenbahnen verkehren noch.

Wenn es noch eines Beweises für das gegenrevolutionäre Treiben und das herausfordernde Auftreten der Noske-Soldateska bedurft hätte, dann würde ihn die Besetzung Leipzigs durch die Noskegarden erbracht haben. In Leipzig haben sich in der ganzen Zeit keinerlei Zwischenfälle ereignet; es sind auch nicht die geringsten Unruhen oder Plünderungen vorgekommen. Aber in Leipzig bestehen noch die von der Unabhängigen Sozialdemokratie besetzten Arbeiter- und Soldatenräte, die nicht nach der Pfeife der Gradnauer und Konsorten tanzen. Da kommt ihnen Noske mit seinen Landsknechten zu Hilfe, um nunmehr auch in Sachsen die letzte noch wirklich revolutionäre Einrichtung abzuwürgen. — Sollen wir uns darüber entrüsten?! Ach, die plumpe Draufgängerei treibt ja die Massen aus dem rechtssozialistischen Lager förmlich nach links und arbeitet damit einer Einigung des sozialistischen Proletariats erfolgreich vor. Damit aber auch dem Zeitpunkte, wo der Gewaltmensch Noske mit Schimpf und Schande im Orkus verschwinden wird! — Ob die Leipziger Arbeiterschaft die Noskesche Herausforderung so ruhig hinnehmen wird, dürfte sich wohl sehr bald zeigen.

Auch nach Eisenach? Weimar, 11. Mai. Wegen der „anarchistischen Zustände" in Eisenach fand in Weimar eine längere Regierungskonferenz statt. Reichswehrminister Noske wurde telegraphisch dringend ersucht, sofort genügend Truppen nach Eisenach zu schicken und dort „zur Dämpfung der Unruhen" sowie zur Verhinderung weiterer Demonstrationen sofort die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Beides wurde zugesagt.

Der Krieg der deutschen Regierung gegen Lettland

zur Rettung der baltischen Barone geht seinem Ende entgegen. Balfour übersandte der deutschen Waffenstillstandskommission eine Note, in der er die unmittelbare Zurückberufung des Generals v. d. Goltz verlangt. Warum?

„1. Hat die lettische Regierung noch nicht wieder anfangen können zu arbeiten, da die Minister durch baltische Wachtposten von dem Truppenkörper des Barons v. Manteuffel und infolge des von General v. d. Goltz geübten Widerstandes in ihren Häusern festgehalten werden.

2. Die von dem General v. d. Goltz gegebene Auskunft, daß den lettischen Soldaten entwendete britische Waffen zurückerstattet worden sind, ist als falsch erkannt worden, als die britische Militärmission dieselbe richtigstellen wollte."

So sagt Balfour. Erzberger antwortete als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission nochmals, es seien keine deutschen Truppen an dem Sturz der lettischen Regierung beteiligt gewesen; von deutscher Seite werde keine Regierung in Libau gehindert, ihre Rechte als regierende Staatsmacht auszuüben. Im übrigen:

„Die deutsche Regierung zieht die gesamten Streitkräfte aus Lettland und Litauen in kurzester Frist zurück. Sie hat die vorbereitenden Schritte zur Herbeiführung einer Waffenruhe und eines sich daran anschließenden Waffenstillstandes mit den gegenüberliegenden Truppen bereits eingeleitet. Die Zurückziehung wird in einem Zeitmaß erfolgen, durch welches das dem Deutschen Reich gehörige Eigentum in Lettland und Litauen gesichert wird. Die Verantwortung für die aus der Räumung von Lettland und Litauen entstehenden Folgen tragen die alliierten und assoziierten Mächte."

So Erzberger. Aber er gibt auch noch einen besonderen Grund an für die Zurückziehung. Unter den indirekten Befehlen der Alliierten können die deutschen Truppen nicht kämpfen, sagt er. Und: „Deutschland braucht zudem diese Truppen viel notwendiger in Westpreußen und Oberschlesien, um dort für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, um Ruhe und Ordnung in diesen Gegenden aufrechtzuerhalten."

Erzberger rüstet für alle Eventualitäten. Müssen denn allemal in den kritischsten Zeiten gerade die Erzberger zu Hütern des Gesamtwohl berufen sein?!

Eine rein sozialistische Regierung

wurde in einer vom Bezirksvorstande der rechtssozialistischen Partei Groß-Berlins nach den Germaniasälen einberufenen Mitgliederversammlung gefordert. Die Versammlung gestaltete sich zu einer wichtigen politischen Kundgebung. Das Thema „Militarismus von heute" behandelte der Rechtssozialist Leutnant Fischer, der ehemalige Adjutant von Wels und Noske. Aus der genauesten Kenntnis des jetzigen Militarismus heraus stellte er fest, daß die Regierung in völliger Abhängigkeit von dem alten militärischen Geist geraten sei. Als letzter Redner sprach Dr. Simmel, der, die Ausführungen der Vorredner unterstreichend, den einzigen Ausweg aus dem Bruderkampf der Sozialisten und die einzige Rettung vor der drohenden Gegenrevolution in der Bildung einer rein sozialistischen Regierung erblickte. Er legte deshalb der Versammlung folgende Resolution vor, die ohne Widerspruch angenommen wurde. Der entscheidende Teil der Entschließung lautet:

„... Die Versammlung erkennt daran, daß die sozialistischen Mitglieder der Koalitionsregierung dem Treiben der Offiziersoldateska machtlos gegenüberstehen, die es verstanden hat, die durch die Spartakusbedrohungen im Januar notwendig gewordene Aufstellung einer bewaffneten republikanischen Schutzmacht zu verhindern, und statt dessen einen reaktionären Stoßtrupp erstehen zu lassen.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß die grausamen Friedensbedingungen der Entente zu einem großen Teil auf das Schuldkonto dieses in Deutschland wieder neu erstarkenden Militarismus zu setzen sind, der unzweifelhaft für das Inland wie für das Ausland eine erneute Bedrohung von Frieden darstellt.

Es steht zu befürchten, daß nach Abschluß des Friedens die jetzt schon deutliche Reaktion ganz unverhüllt durch keine Rücksicht auf das Ausland mehr gebunden, hervortreten und sich der von ihr beherrschten Truppenmacht zu konterevolutionären Zwecken bedienen wird.

Die Versammlung sieht die einzige Rettung für die sozialistische Sache, wie für Deutschland überhaupt in der Bildung einer rein sozialistischen Regierung, die allein den konterrevolutionären Militarismus überflüssig machen, und damit ein wichtiges Hemmnis für die Einigung der Bruderparteien beseitigen kann."

Eine Tageszeitung für die Arbeiterräte.

Die U. S. P.-Fraktion der Arbeiterräte in Berlin hat beantragt, eine Tageszeitung für die Arbeiterräte herauszugeben. Es ist beabsichtigt, die Republik zu einem solchen Organ umzugestalten. Der Genosse Däumig ist für die Schriftleitung in Aussicht genommen. Begründet wird der Antrag mit dem Hinweis auf die großen Unklarheiten, die sowohl in Berlin wie im Reiche über Wesen und Ziele der Rätebewegung noch vorhanden sind. Die Zeitung kann zweifellos die heregte Frage der Klärung um vieles näherbringen. Das Rätesystem ist aus dem Stadium des Problems noch nicht wesentlich heraus. Eine spezielle Würdigung der Notwendigkeiten und Möglichkeiten hinsichtlich der Räteorganisation in einer Tageszeitung wird gute Frucht tragen.

Wie Verlag und Schriftleitung der Republik mitteilen, ist das Verbot des Blattes wieder aufgehoben worden. Gleichzeitig kündigen sie an, daß die Republik vom 1. Juni ab als Organ für die Arbeiterräte erscheint.

„Was geht im Reichstage vor?"

So fragt eine der Berliner Presse zugehende Korrespondenz. Sie gibt ein Gerücht wieder, nach dem die vierzigtägige Quarantäne, die über das Reichstagsgebäude verhängt worden ist, nicht zur Beseitigung des Ungeziefers und zur Wiederinstandsetzung des Hauses verwandt werden, sondern auch dazu dienen soll, die Standbilder deutscher Kaiser und der anderen Bilder der Hohenzollern aus den Sälen zu entfernen. Dazu sei ein Beschluß des Reichstags erforderlich.

Den Leuten will es immer noch nicht einleuchten, daß die Hohenzollern im Reichstage jetzt nicht mehr wie jeder andere Reichsangehörige zu suchen und auf die Erhaltung ihrer Stand- und anderen Bilder nicht den geringsten Anspruch haben. Kaisertreu bis auf die Knochen, aber politisch verbohrt und reaktionär durch Mark und Bein, hoffen sie noch immer auf die Morgenröte neuer Hohenzollerntage.

Runges Lügen.

Der Vorwärts bringt eine, ihm von den Arbeiterräten des Dynamowerks der Siemens-Schuckertwerke übermittelte Zuschrift, in der es heißt:

„Zu der Aussage Runges, daß er von Liebknecht und Luxemburg mit einem Revolver bedroht sei, stellen die Unterzeichneten, die als Arbeiterräte in dem Betrieb seit dem 9. November fungieren und somit über alle Bewegungen innerhalb des Werkes genau informiert sind, fest, daß die Genossen Karl Liebknecht als auch Rosa Luxemburg niemals im Werk, vor dem Werk oder in einer Betriebsversammlung anläßlich eines Streikes im Dynamowerk, in welchem der Mörder beschäftigt war, weder rednerisch noch irgendwie tätig oder überhaupt zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190512-17/fragment/page=0002

sehen waren. Der Mörder Runge kann somit niemals mittels Waffe oder sonstwie von der Arbeit abgehalten worden sein."

Runge beging nicht nur feige Meuchelmorde, sondern suchte hinterdrein auch sein Opfer noch in schmählichster Weise zu verdächtigen. Es wird übrigens Wenige geben, die diese Lügen Runges nicht sofort als solche erkannt haben.

Die Hamburger Universität wurde am Sonnabend in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Dr. Becker als Vertreter der preußischen Regierung feierlich eröffnet.

Die Auslandspresse zum Machtfrieden.

Frankreich.

Versailles, 10. Mai. Die sozialistische Humanité erhebt wieder Widerspruch gegen den Entwurf eines Gewaltfriedens; ein wahrer Völkerbund werde durch jeden Vertragsparagraphen unmöglich gemacht. Deutschland solle abrüsten, die Ententestaaten rüsteten um so stärker. Man wolle, daß Deutschland zahle, nehme ihm aber seine Kolonien und Auslandswerte, so daß seine Gütererzeugung herabgesetzt und seine Zahlungsfähigkeit geschwächt werde. Was wird das deutsche Proletariat tun, fragt das Blatt, wenn die deutsche Regierung gestürzt wird. Wird eine Diktatur Noskes oder eine kommunistische Regierung kommen? Was wird dann Rantzaus Unterschrift wert sein? Wir können diese ungeheuren Fragen heute nicht erschöpfen und begnügen uns, die Sackgasse zu zeigen, in welche unsere Regierungen geraten sind. Humanité erklärt weiter, der Friede sei in Wahrheit ein Gewaltfriede. Dieser Friede sei nicht ein Völkerfriede, sondern der Friede dreier Männer: Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Das Blatt sagt: Der Krieg wurde von drei Kaisern angefangen und ist durch drei Autokraten beendet worden. Aber die Völker bleiben im Schatten, nachdem sie im Blut gewatet hatten. Weiter meint das Blatt, um neuen Generationen neue Kriege zu ersparen, müßten die Völker sich international organisieren, um den Ungeheuern mit Menschenamtlich, welche leichten Herzens Menschen ins Gemetzel treiben, den Weg zu versperren. Nur eine internationale Organisierung der Arbeiter könne einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

England.

Das englische Sozialistenblatt Daily Herald schreibt: „Diese schamlosen absurden Bestimmungen sind nur das Vorspiel zu neuen Streitigkeiten zwischen den Rassen, zu neuen Gruppierungen für neuen Krieg."

Holland.

Amsterdam, 10. Mai. Das Blatt der holländischen Arbeiterpartei Het Volk schreibt in einem Leitartikel zu den Friedensbedingungen: Das Gefühl, daß die Friedensbedingungen bei jedem, der nicht von Haß gegen die Besiegten und von Völkerhunger erfüllt ist, auslöst, ist tiefe Niedergeschlagenheit. Die Friedensbedingungen, die die Assoziierten Deutschland auferlegen wollen, finden keine Grundlagen, auf der das alte Europa seine Kultur wieder aufbauen kann. Damit ist das Urteil über das Werk Wilsons, Lloyd Georges, Clemenceaus und wie die Götter der Bourgeoisie sonst noch heißen mögen, ausgesprochen.

Amerika.

New York Tribune sagt: Die Macht der Hunnen ist gebrochen.

New York Sun erklärt, daß Deutschland vernichtet sei. Damit sei die Legende aus der Welt geschafft, daß Wilson gegen die Zentralmächte zu milde gestimmt sei.

Wie das Niederländische Preßbureau Radio aus Neuyork meldet, schreibt die New York Times, Deutschland sei ohnmächtig gemacht worden.

New York World erklärt, es sei ein bitterer Tropfen in diesem Kelch der Niederlage, den die Deutschen bis zur Neige leeren müßten.

Expreß schreibt: Diese Friedensbedingungen bezeichnen einen furchtbaren Fall. Die deutsche Nation, die die Welt beherrschen wollte, sei zu einem Volke gemacht worden, das weder Heer noch Flotte, aber eine gewaltige Schuldenlast haben und ohne Einfluß oder Prestige in der internationalen Politik sein werde.

Schweden.

Stockholm, 10. Mai. Die schwedische Presse fährt fort, den Friedensvertragsentwurf aufs schärfste zu kritisieren. Die Blätter aller Richtungen veröffentlichen Artikel, in denen sie gegen einzelne Teile oder auch das ganze Schriftstück Stellung nehmen.

Stockholms Dagbladet schreibt: Das sind die Präliminarien eines Machtfriedens, die hier vorgelegt wurden, nicht, wie Wilson noch vor einigen Wochen in Aussicht stellte, eines Rechtsfriedens.

Sozialdemokraten erklärt? Wir sehen den Friedensschluß des Kapitals. Wir erwarten den Friedensschluß der Arbeit. Dieses Friedenswerk in seiner jetzigen Form demütigt und fordert nicht nur das deutsche Volk heraus, sondern uns alle, deren Friedensideale Menschlichkeit, Billigkeit und Gerechtigkeit ist.

Das jungsozialistische Blatt Politiken führt aus: Hier stehen wir vor Realitäten und deren schreiendem Widerspruch gegen die Ideologie von Wilsons Kundgebungen, ja gegen die Idee des Völkerbundes. Die Bedingungen übertreffen an Härte und Schamlosigkeit und durch den deutlichen Stempel des Eroberungsfriedens auch die dunkelsten Ahnungen, die man vorher haben konnte. Es ist ein typisch kapitalistisch-imperialistischer Frieden. Eigennutz und Engherzigkeit sind der Grundton. Der Friede ist nur eine neue drohende Kriegswolke und eine klare Herausforderung an die Arbeitermassen, denn er ist zusammengesetzt, als gäbe es keinen Sozialismus, kein Proletariat.

Ungarn.

Budapest, 10. Mai. Die ungarische Presse bezeichnet die Versailler Friedensbedingungen als ein pathologisches Aktenstück, das die Verkörperung der Diktatur des Kapitalismus bedeute. Der Pester Lloyd nennt das Verdikt von Versailles über Deutschland ein Todesurteil und betont, es sei zweifellos, daß die Bedingungen dieses Friedensvertrages praktisch niemals durchgeführt werden könnten. Die Entente stelle an die deutsche Arbeiterschaft das frevelhafte Ansinnen, auf unabsehbare Zeiten für fremde Interessen ein Sklavenleben zu führen.

Die Volksstimme sagt: Nach diesem Diktat wird das deutsche Volk nicht mehr geneigt sein, sich im Interesse der Entente als Bollwerk gegen den Bolschewismus gebrauchen zu lassen.

Noske in Wilhelms Bett.

Durch einen günstigen Zufall ist die Freiheit in der Lage, folgendes hochinteressante Dokument zu veröffentlichen. das zeigt, daß das Amt eines Reichswehrministers neben den großen Sorgen auch sehr angenehme Seiten hat.

Der Chef der Admiralität. Berlin, den 12. April 1919.

Reichsmarineamt.

Nr. B II 1936.

Die in den anliegenden Listen aufgeführten, für die Dienstwohnung des Reichswehrministers bestimmten Gegenstände sind beschleunigt nach hier zu senden.

Liste I enthält Gegenstände, über die mit dem Direktor des Inventarmagazins verhandelt ist.

Liste II enthält Gegenstände, die in der Schiffskammer Hohenzollern lagern.

Liste III enthält Gegenstände, die sich zur Zeit noch an Bord Hohenzollern befinden.

In Vertretung: gez. Lohlein.

An die Reichswerft, Kiel-Gaarden.

Zu B II 1936.

Liste I: 1 Küchenausrüstung, 12 Dtz. Küchenhandtücher, Gläsertücher usw. für Küchenbedarf, 6 Tischtücher (15 × 12), (5 × 2), Tischtücher (3 × 2), 12 Dtz. große Servietten, 12 Dutzend Teeservietten, 5 Waschtoiletten, gute, 5 Waschtoiletten, gewöhnliche, 6 Dtz. Frottierhandtücher, 6 Dtz. gew. Handtücher, 12 weiße wollene Decken, 3 Dtz. Deckenbezüge, 3 Dtz. Laken, 3 Dtz. Kopfkeilbezüge, 6 Kopfkeile, 3 Dtz. bunte Deckenbezüge, 3 Dtz. bunte Kopfkeilbezüge, 3 Dtz. bunte Laken, 6 wollene braune Decken, 6 Dtz. Mannschaftshandtücher, 4 Bettmatratzen, 4 Kopfkeile, 6 bunte Beute-Teppiche, 6 Kokosmatten, 6 Tischdecken, 100 Stück Feudel, ½ Dtz. Besen, ½ Dtz. Handfeger, ½ Dtz. Fußmatten, ½ Dtz. Zeugklopfer, ½ Dtz. Handbürsten, 1 Waschkommode, 1 Dtz. Wiener Rohrstühle, 1 Dtz. gew. Stühle, 1 Trittbrett, 3 kleine gewöhnliche Tische, 5 mittlere gewöhnliche Tische, 3 Dtz. Kleiderbügel.

Liste II: 6 Rohrsessel mit Polster (weiß), 4 Rohrtische, 6 verschiedene Tische (Birken), 1 Hocker (Birke), 1 weißer Tisch, 5 Tische (eichen), 36 Polsterstühle aus Speisesaal, 6 Steppbecken, 6 Federbetten, 3 Dtzd. Bettenbezüge, 3 Dtzd. Laken, 1 ganz großes Bett (Kaiser), 1 Bett (Prinzessin), 1 Bett (Reichskanzler), 1 Kleiderschrank (Ankleidezimmer Kaiser), 1 Ruhebett (Ankleidezimmer Kaiser), 1 Sofa (Ankleidezimmer Kaiser), 1 elektrischer Ofen, 1 Ecksofa (Kaiserzimmer), 1 Wandspiegel (Korridor: Kaiser), 1 Schreibtisch Kammer 57, 1 Schreibtisch Kammer 59, 1 Kommode Kammer 61, 2 gr. weiße Schränke Kammer 58, 1 weiße Kommode Kammer 58, 1 Sofa Kammer 58, 1 Waschtisch Kammer 58.

1 Spiegel, 1 Schreibtisch, 1 Ruhebett, 1 Sofa, 1 Bücherschrank, 1 Ruhebett, 1 runder Eckschrank, 1 Toilettentisch (Kaiserin-Räume), 1 Kommode Kammer 36, 1 Schrank Kammer 29.

Liste III: Aus Speise-Salon: 4 große Tische, 3 Sofas, 1 Flügel aus Kaiserräumen.

Ist das die Belohnung für die guten Dienste, die der „Arbeiter" Noske den Reaktionären im Kampf gegen das Proletariat geleistet hat? Umgeben ihn „seine getreuen Offiziere" schon jetzt mit dem Glanz und dem Luxus Wilhelms II., um ihn bei passender Gelegenheit aus dem kaiserlichen Bett auf den kaiserlichen Thron zu heben?

Aus der Provinz.

Das Bezirkskartell für den Regierungsbezirk Merseburg ist bestrebt, seine Tätigkeit im früheren Umfange wieder aufzunehmen. Wie schon mitgeteilt, werden die Vertretungen von Klägern in Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Hinterbliebenen- und Rentenstreitsachen vor dem Oberversicherungsamt Merseburg nunmehr wieder von dem früheren ständigen Sekretär, Genossen Wilh. Daniel, Merseburg, Weißenfelserstr. 6, ausgeübt. Der Vorstand des Bezirkskartells hat sich auch mit der Frage der Abhaltung einer Bezirkskonferenz beschäftigt. Er schlägt aus praktischen Gründen vor, diese Konferenz, über deren Notwendigkeit kein Zweifel bestehen kann, erst nach der Tagung des in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongresses einzuberufen. Soweit zu übersehen, stimmen die einzelnen Kartelle diesem Vorschlag auch zu.

Die Kostenabrechnung auf das Jahr 1918 zeigt eine Einnahme (einschließlich früherer Bestände) von 1482,38 Mk. und eine Ausgabe von 289,90 Mk. Somit ist ein Kassenbestand von 1192,48 Mk. vorhanden. Von den 25 Kartellen, die angeschlossen sind, haben leider 14 für das Jahr 1918 überhaupt noch keine Beiträge abgeliefert. Selbst Kartelle von größeren Orten haben während des Krieges überhaupt noch keine Gelder abgeliefert. Mag das auch geschehen sein, um die eigenen Einrichtungen nicht bestimmen zu lassen, so müssen doch jetzt, nach Eintritt besserer geblieben Verhältnisse in den meisten Ortskartellen, die Versäumnisse nachgeholt werden. Die durch die lange Kriegsdauer und die Revolution erwachsenen Aufgaben des Bezirkskartells machen eine Kräftigung und Stärkung desselben unbedingt erforderlich.

Schkeuditz. Parteimitgliederversammlung. Im Laufe des Monats sind 22 Mitglieder eingetreten, sodaß ein Mitgliederbestand von 1004 zu verzeichnen ist. Zum zweiten Punkte, das Rätesystem, referierte Gen. Schönung-Leipzig. Er verstand es ausgezeichnet durch seine trefflichen Ausführungen, die Zuhörer zu überzeugen. Es ist bedauerlich, daß die Arbeiter- und Soldatenräte an Einfluß eingebüßt haben. Die alten Gewalten spielen überall die erste Geige. Der neue Militarismus ist geschaffen, um die Errungenschaften der Revolution zu vernichten. Die Sozialisierung kann nicht durch Gesetz, sondern durch die Masse des arbeitenden Volkes kommen. Ein neues Deutschland kann nur durch die Erziehung aller zur Arbeit durch das Proletariat entstehen. Die Arbeiter- und Betriebsräte müssen durch ihre Erfahrungen, Kenntnisse und Schulung die Betriebe überwachen und die Produktion wieder in Gang bringen. Nur so kann die Arbeitsfreudigkeit gehoben werden. Alle Arbeiter- und Arbeiterinnen werden aufgefordert, im sozialistischen Sinne zu wirken, daß, wenn abermals die Stunde naht wie am 9. November, wir vor den alten Fehlern bewahrt bleiben. Die diesjährige Kreisgeneralversammlung soll nunmehr am 29. Mai stattfinden. Schkeuditz beantragt, die Frauenzeitung obligatorisch einzuführen und den Frauenbeitrag auf wöchentlich 10 Pfg. zu erhöhen. Die Wahl der 10 Delegierten und die Beratung der gestellten Anträge soll in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 22. Mai stattfinden. Die Genossin Berta Mittag wurde als Vertreterin der Frauen in den Vorstand gewählt. Der Vorsitzende, Gen. Böhm, gab bekannt, daß in nächster Zeit Diskutierabende eingeführt werden, um die Vertiefung des Sozialismus in den Massen zu erreichen. Die sich dafür interessierenden Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Der Ueberschuß der Maifeier beträgt 257.15 Mk. Dieser wird der Bibliotheckskommission überwiesen. Ein Antrag, dahin zu wirken, daß der Schulunterricht wieder regelmäßig stattfindet und der Schulanfang möglichst vormittags 8 Uhr beginnt, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag, die amtlichen Bekanntmachungen durch Aushang oder Anschlag der Einwohnerschaft zur Kenntnis zu bringen.

Allerlei.

Eine Universität der Arbeit in Brüssel.

In einem Brief an die Humanité kündigt Camille Huysmans an, daß die Stadt Brüssel die Gründung einer Universität der Arbeit endgültig beschlossen hat. Die Kosten des Gebäudes, das sich an der Stelle des gegenwärtigen Lunaparks erheben soll, werden auf 8 Millionen geschätzt. Huysmans erinnert aus diesem Anlaß daran, daß während des Krieges Omer Buyse in den Internierungslagern der belgischen Soldaten in Holland eine Universität der Arbeit gegründet hatte, die 600 bis 700 Lehrer und etwa 12 000 Schüler zählte.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gottlieb Kuhpauer; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag Volksblatt G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

25] Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

„Was sind das für Abzeichen?" fragte ich.

„Jeder Beruf hat sein besonderes Sinnbild," versetzte Doktor Leete. „Es hat die Form einer Medaille, die so klein ist, daß man sie übersehen kann, wenn man nicht weiß, an welcher Stelle sie zu suchen ist. Sofern nicht im Interesse der Allgemeinheit eine besondere Uniform nötig ist, tragen die Angehörigen des Arbeitsheeres kein anderes Abzeichen als diese Medaille. Sie hat für alle Rangstufen eines Berufs die gleiche Form, aber während das Abzeichen des dritten Grades von Eisen ist, besteht das des zweiten aus Silber und das des ersten aus Gold.

Ein gewaltiger Antrieb zu den bestmöglichsten Leistungen besteht darin, daß die hohen staatlichen Vertrauensposten nur von Männern bekleidet werden können, die Arbeiter ersten Grades gewesen sind. Anspornend wirkt auch, daß der Rang im Arbeitsheer die einzige gesellschaftliche Auszeichnung ist, die die Mehrzahl jener Bürger erreichen können, die sich nicht der Literatur, Kunst oder Wissenschaft widmen. Aber hiervon abgesehen, werden unsere Bürger noch durch andere, größere, aber nicht weniger wirksame Mittel angefeuert, die Bestes zu geben: durch Vorteile und Freiheiten, deren sich die Arbeiter höherer Grade erfreuen. Obgleich solche Vorrechte nicht so bedeutend sind, daß sie den Neid der minder erfolgreichen Bürger erwecken könnten, lassen sie es doch jedermann empfinden, wie wünschenswert es ist, den nächsthöheren Grad zu erlangen.

Es ist offenbar wichtig, daß nicht nur die guten, sondern auch mittelmäßigen und schlechteren Arbeiter den Ehrgeiz nähren können, zu höheren Graden emporzusteigen. Und da die Anzahl der letzteren bei weitem überwiegt, so ist es viel wichtiger, daß unsere Rangordnung mehr darauf hinwirkt, sie nicht zu entmutigen, als die besseren Arbeiter anzufeuern. Zu diesem Zwecke sind die Grade — wie bereits erwähnt — in Unterklassen eingeteilt. Bei jeder neuen Klassifizierung werden jedem Grade wie jeder Unterabteilung die gleiche Angahl von Arbeitern zugewiesen. Nach Abrechnung der Offiziere, ungelernten Arbeiter und Lehrlinge kann daher niemals mehr als der neunte Teil des Arbeitsheeres der untersten Stufe angehören, und dieser neunte Teil rekrutiert sich in der Hauptsache aus Leuten, die erst kürzlich ihre Lehrzeit beendet haben und zu höherem Range emporzusteigen hoffen. Nur ein verschwindend kleiner Bruchteil des Arbeitsheeres besteht aus Leuten, die ihre ganze Dienstzeit hindurch in der untersten Klasse verbleiben, und man darf wohl behaupten, daß ihre gesellschaftliche Stellung sie weder bekümmert, noch daß sie die Fähigkeit besitzen, sie zu verbessern.

Ein Arbeiter braucht nicht einmal zu einem höheren Grad aufzusteigen, um eine Ahnung davon zu bekommen, was Ruhm ist. Zwar kann der Dienstpflichtige nur befördert werden, wenn ein allgemein günstiges Zeugnis über seine Tätigkeit vorliegt, allein es werden ihm auch lobende Erwähnungen oder Rangerhöhung zuteil. Ferner belohnt man auch einzelne besonders tüchtige Leistungen in den verschiedenen Berufen durch ehrenvolle Auszeichnungen und mannigfache Preise. Nicht nur innerhalb der Grade, auch innerhalb der Unterabteilungen gibt es viele kleinere Rangabstufungen, von denen jede eine Gruppe von Berufstätigen zu möglichst vorzüglichen Leistungen anspornt. Unsere Gesellschaft legt Gewicht darauf, daß keinem Verdienst, und sei es noch so klein, ganz die ihm gebührende Anerkennung versagt bleibt.

Die Disziplin des Arbeitsheeres ist viel zu streng, als daß wirklich nachlässige, positiv fahlerhafte Arbeit oder offenbare Trägheit von solchen Bürgern geduldet werden könnte, die höherer Beweggründe nicht fähig sind. Wer seiner Dienstpflicht genügen kann, sich aber hartnäckig weigert, sie zu erfüllen, wird von aller menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen.*)

Die niedrigsten Offiziere unseres Arbeitsheeres, die Hilfsverführer oder Leutnants, werden aus der Zahl derer genommen, die sich zwei Jahre lang in der obersten Abteilung des ersten Grades bewährt haben. Wenn ihre Zahl die der offenen Offizierstellen bedeutend übersteigt, so ist nur die erste Gruppe der Klasse wählbar. Solcherart kommt niemand vor seinem dreißigsten Lebensjahr dazu, anderen zu befehlen. Ist jemand Offizier geworden, so harrt seine weitere Beförderung natürlich nicht mehr von der Vorzüglichkeit seiner eigenen Arbeit ab, sondern von der seiner Untergebenen. Die Wachtführer werden aus der Klasse der Hilfsverführer genommen, und zwar aus einer beschränkten Zahl von ihnen; bei ihrer Wahl wird die größte Vorsicht beobachtet. Die Ernennung zu den übrigen höheren Graden erfolgt nach einem anderen Prinzip. Es würde aber zu viel Zeit in Anspruch nehmen, Ihnen das jetzt zu erklären.

Bei den vielen kleinen Betrieben Ihrer Zeit würde sich die beschriebene Einteilung der Berufstätigen als undurchführbar erwiesen haben. Manche davon beschäftigten ja so wenig Arbeiter, daß auf jede von unseren Klassen kaum ein Mann entfallen wäre! Sie dürfen bei dem allen das eine nicht vergessen: unsere nationale Arbeitsorganisation hat zur Voraussetzung, daß alle Zweige des Wirtschaftslebens in großem Maßstab betrieben werden und wahre Armeen von Arbeitskräften beschäftigen. Hunderte von Ihren landwirtschaftlichen oder industriellen Betrieben sind bei uns zu einem einzigen vereinigt. Die Oberinspektoren unseres Arbeitsheeres gleichen den Obersten, ja den Generälen Ihrer zeitgenössischen Armeen. Weil wir alle Zweige des Wirtschaftslebens nach großem Maßstab organisiert haben und in allen Landesteilen vorzügliche Betriebe nebeneinander besitzen, vermögen wir durch Stellenaustausch und Versetzungen jedem die Art von Beschäftigungen zu vermitteln, in der er das Beste leistet.

Und nun, Herr West, kennen Sie in allgemeinen Umrissen die Organisation unseres Arbeitsheeres. Entscheiden Sie selbst, ob diese nicht wirksame Antriebe für Menschen auslöst, die eines besonderen Ansporns bedürfen, um ihr Bestes zu leisten! Ehemals waren die Menschen gezwungen, zu arbeiten, mochten sie wollen oder nicht. Scheint es Ihnen aber nicht, daß sie auch unter der heutigen Ordnung hinreichend zu möglichst vollendeten Leistungen angefeuert werden?"

Ich erwiderte, mir schiene nur ein einziges Bedenken gegen die gebräuchlichen Mittel zu sprechen, die höchste Leistungstüchtigkeit zu wecken: sie müßten allzu stark wirken und einen allgemeinen leidenschaftlichen Wetteifer der jungen Leute entfesseln. Und ich nehme mir die Freiheit, heute hinzuzusetzen, daß dies meine Meinung geblieben ist, auch nachdem mich ein längerer Aufenthalt in der neuen Gesellschaft mit ihren Einrichtungen eingehend vertraut gemacht hat.

Doktor Leete gab mir jedoch einiges zu bedenken, und ich gestehe gern zu, daß seine Darlegungen meinen Einwand vielleicht entkräften. Er machte geltend, daß die Arbeiter im zwanzigsten Jahrhundert für ihre Existenzmittel ganz und gar nicht von ihrem Range abhängen, und daß folglich die Sorge um sie Enttäuschungen bei der Berufstätigkeit nicht bitterer machen kann. Ferner, daß die Arbeitsstunden kurz sind, die Ferien regelmäßig, und daß aller Wetteifer mit dem fünfundvierzigsten Jahre aufhört, also schon in der Mitte des Lebens.

„Um Mißverständnissen vorzubeugen," setzte Doktor Leete hinzu, „muß ich noch zwei oder drei Punkte aufhellen. Unsere Arbeitsorganisation räumt zwar dem besseren Arbeiter einen Vorzug vor dem weniger guten ein, allein das wirksamstes durchaus nicht dem Grundprinzip unserer Gesellschaftsordnung, daß das Verdienst aller Personen gleich groß ist, die ihr Bestes leisten, mag man dieses Beste groß oder klein sein. Ich habe Ihnen gezeigt, daß unsere Organisation sowohl Schwache wie Starke durch die Hoffnung auf Beförderung anfeuert. Daß die leitenden Stellungen mit den Leistungsfähigeren besetzt werden, bedeutet keineswegs eine Zurücksetzung, einen Makel für die Schwächeren. Es ist dies nur eine Maßregel, die vom allgemeinen Wohl gefordert wird.

(Fortsetzung folgt.)

*) In einem der verschiedenen Ausgaben von Bellamys Rückblick heißt es: „Wer sich hartnäckig weigert, seine Arbeitspflicht zu erfüllen, wird zu Einzelhaft bei Wasser und Brot verurteilt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190512-17/fragment/page=0003

Protestkundgebung der Hallischen Arbeiterschaft

Mittwoch, den 14. Mai, 5 Uhr nachmittags (unmittelbar nach Arbeitsschluß):

Große öffentliche Volksversammlung

im Garten des Volksparks, Burgstraße 27.

Tagesordnung:

Gegen Gewaltfrieden, gegen Gewaltpolitik!

Referent: Fritz Kunert, Berlin.

Genossinnen und Genossen! Es gilt Protest zu erheben, gegen den von machtgierigen Imperialisten uns zugedachten Gewaltfrieden.

Nicht minder ist es nötig, gegen die brutale Gewaltpolitik der sich Sozialisten nennenden Revolutionsschädlinge zu protestieren.

Agitiert für guten Besuch der Versammlung!

1028 **Niemand darf fehlen!**

Das Gewerkschaftskartell. Bowitzki, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Albrecht, Vorsitzender.

Walhalla-Operetten-Theater.
1027 Täglich 7½ Uhr:
Nach 5 Aufführg. Sensationserfolg.
Staatsanwalt Alexander.
Schauspiel von K. Schüler.
Kasse 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Schmutziges Geld. 1013

Stadttheater.
Spielplanänderung infolge Landestrauer
Abends 7½ Uhr.
Montag: **Carmen.**
Dienstag: **Johannisfeuer.**
Mittwoch: **Undine.**
1016 Donnerstag: **Troubadour.**
Freitag: **Faust I.**
Voranzeige:
Sonnabend, den 17. Mai: **Der Bürger als Edelmann.**
Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 3½ Uhr:
Volksvorstellung bei kleinen Preisen:
Gewitter.
Abends: **Lohengrin.**
Der Vorverkauf für diese Vorstellungen hat begonnen.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Roßhaar u. Wolle kauft zu höchsten Preisen
A. Weise, 21
Felle- und Fellhandlung.
Raaschestr. 1. Tel. 1667.

Kaninchenfelle
zum Zurichten und Färben nimmt an 845
Solfrian, Böllbergerweg 7 II.
Auf Wunsch k. h. Abholen auch auswärts.

Reparaturen
189 an
:: Uhren ::
Ähern, bei solider Ausführung zu normalen Preisen.
Kurt Unger, Uhrmacher,
Kl. Klausstr. 18 (dicht am Markt), Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße).

Plüsch- und Stoff-Sofa, Plüsch-Garnit., Schränke, D.-Schreibtisch, Bettstelle mit Matratze, Spiegel mit Schränkchen, Waschtische, Tische, Stühle, Kücheneinrichtung verkauft 1005
Otto Berkhardt, Herrenstr. 19.

Kopfschuppen u. Haarausfall verschwindet sicher durch **Lasito** 3fach stark gerichtet
Flasche 2.75 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neuapharm, Hannover 46.

Passend für Klempner. 1025
Eine große Zinkbadewanne s. verk. A. Conrad, Harz 16.

Guterhaltener Sportwagen zu verkaufen. Kiel, Merchenfeldstr. 10 II. 1010

Messing-Wagenkapsel verloren.
Gegen hohe Belohnung abzugeben *653
Delitzscherstrasse 8 bei Arndt.

Bessere Kücheneinrichtung zu verkaufen. 1023
Gr. Brunnenstr. 40 pt.

Wie werde ich bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung **versorgt?**
Ein Merkbuch für jeden Krieger bis zum Feldwebel aufwärts.
Preis 1 Mk. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Schmutziges Geld. 1013

Preis-Tafel.

Kopfwäsche nur mit Teerseife Mk. 2.00
Frisuren mit ff. Ondulation Mk. 1.50
Haubennetze Mk. 1.75
Stirnnetze Mk. 2.40
Zöpfe von Mk. 9.00 an (kein Chinesenhaar)
Ankauf von Damenhaar Kg. Mk. 20.00

Geschäfts-Eröffnung.

Einer verehrten Einwohnerschaft von Halle zur gefl. Kenntnisnahme, daß am

Dienstag, den 13. Mai, Steinweg 46/47.

Ecke Taubenstraße (Eingang Taubenstraße), ein

Spezial-Damenfrisiersalon nebst Haargeschäft

eröffnet wird.

Für erstklassige, nur saubere Bedienung wird Sorge getragen und bitte um gütigen Zuspruch.

Hochachtend

Firma: Fritz Wrycza.

1028

Amtliche Bekanntmachungen.

4 Pfund Kartoffeln.

In der Woche vom 12. bis 18. Mai können auf die Marke 46 der braunen Kartoffelkarte 4 Pfund Kartoffeln gekauft und abgegeben bzw. in Haushaltungen, Anstalten usw., die mit Kartoffeln versorgt sind, verbraucht werden. Der Kartoffelverkauf erfolgt vom Dienstag, den 13. Mai, an. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person des Haushalts: ¼ Pfund Nudeln, ¼ Pfund Ackerbohnen, ¼ Suppenmehl und ½ Pfund Marmelade.

Der Verkauf wird durch besondere Bekanntmachung noch näher geregelt werden.

Halle, den 10. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Nach Mitteilung der Zuckerstelle für die Provinz Sachsen sind die Zuckermarken zu 25 kg Nr. 8761—8840 (Mai Juli) gestohlen und daher für ungültig erklärt worden. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Marken das Siegel eines Kommunalverbandes, das sie tragen müssen, nicht haben und also auch hieran, außer an der obigen Nummer, sofort erkannt werden können. Die Groß- und Kleinhändler werden vor der Einlösung dieser Marken gewarnt und aufgefordert, Vorzeiger dieser Marken sofort festnehmen zu lassen.

Halle, den 10. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Der Verkauf von Eiern

erfolgt am Dienstag, den 13. Mai, auf den Abschnitt 12 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Brockhaus, Ludwigstraße 26 und Milchhändler Börsche, Brandenburgerstraße 19. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 16. Mai 1919 abzuliefern.

Halle, den 12. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Speisefett

in der Talamtschule am Dienstag, den 13. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 67 001—70 000, vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 70 001—74 000, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm zum Preise von 35 Pfg. abgegeben werden. Gefäße sind mitzubringen.

Halle, den 12. Mai 1919. **Der Magistrat.**

50 Gramm Margarine.

In der Woche vom 12. bis 18. Mai 1919 werden auf den Abschnitt 20 der Fettkarte für die Person des Haushalts 50 Gramm Margarine in den Geschäften abgegeben, in denen die Käufer in die Butterkundenlisten eingetragen sind. Der Preis für 50 Gramm Margarine beträgt 21 Pfg. Der Verkauf erfolgt von Donnerstag, den 15., bis Sonnabend, den 17. Mai 1919.

Halle, den 13. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Ausländisches Weizenmehl.

Unter Bezugnahme auf Ziffer 5 unserer Anordnung vom 16. April 1919 über ausländisches Weizenmehl wird bestimmt: 1. Die Nummer 4 der Markenreihe für Auslandsmehl wird in Gültigkeit gesetzt für die Zeit vom 12. Mai bis 21. Mai. 2. Die Mehlkleinhändler (Mehlhändler, Bäcker, Konsumvereine) haben die eingenommenen Marken (Nr. 4) bis zum 24. Mai 1919 an die Brotmarken-Annahmestelle (Dreyauplatz 4) abzugeben.

Halle, den 9. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Selbständig arbeitende *654
Mädchen
auf Kreppapierbeutel für Konfitürengeschäfte gesucht.
Wilhelm Kal.,
Viktoriaplatz 6.

Apollo-Theater.
Der Landestrauer wegen fallen die Vorstellungen bis einschl. 16. Mai aus.
Erste Wiederaufführung von „Fliegentütenheinrichs Glück" 1021
Sonnabend, den 17. Mai.
Die bereits gelöst. Karten gelten für dieselben Tage der nächsten Woche.

Wie wir belogen wurden.
Die amtl. Irreführung des deutschen Volkes.
Preis 4 Mk. Porto 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/44.

Schmutziges Geld. 1013

Der
Metall-Arbeiter.
Hilfs- u. Nachschlagebuch für
Dreher und Schlosser.
Mit erläuternd. Zeichnungen versehen von
Konstantin Haas, Werkmeister.
Preis 4.50 Mark.
Porto 15 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Tirpitz, der Totengräber der deutschen Flotte.
Von **Persius,** Kap. z. S. a. D.
Preis 50 Pfg., Porto 7½ Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Warnung.
Sonntag, den 4. April, in mir in Holzweissig mein **Fahrrad** (schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, Marke Panzer 448 839) **gestohlen** worden. 1014
Bei Wiedererlangung sichere dem Vermittler eine hohe Belohnung zu. Vor Ankauf wird gewarnt.
Keller, Seydlitzstraße 7.

Schmutziges Geld. 1013

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis (U.S.P.D.)

Nachruf.
Es starb unser Mitglied, Fräulein
Erna Könnicke
im Alter von 20 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
1024 **Der Vorstand.**

Gekrönte Häupter.
Zur Naturgeschichte des Absolutismus.
Pro Serie in 1 Band gebunden 2.25 Mk., Porto 15 Pfg.
Erhältlich in Heften à 30 Pfg., Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42 44. F

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnisse meines lieben, unvergeßlichen Mannes, unseres herzensguten Vaters, sagen wir allen Verwandten und Bekannten für die Blumenspenden und Grabgeleit unseren herzlichsten Dank. Herzlichen Dank der Firma und den Arbeitskollegen der Konkordia-Maschinen-Fabrik und dem Fabrikarbeiter-Verband für die reiche Blumen- und Geldspende. 1020
Frau J. Bergmann u. Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190512-17/fragment/page=0004

Massenkundgebungen gegen den Gewaltfrieden

veranstaltet die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den nächsten Tagen im ganzen Reiche. Als Grundlage für diese Kundgebungen unterbreitet die Parteileitung den Genossen den folgenden Entwurf für eine

Entschließung:

„Der Versailler Frieden ist

ein imperialistischer Frieden,

ist der unheilvolle Abschluß des imperialistischen Weltkrieges.

Die Imperialisten der Entente in Versailles sind von demselben Geist beherrscht wie die der Zentralmächte in Brest-Litowsk.

Alle diejenigen, die auf einen „Wilsonschen Rechtsfrieden" hofften, sind grausam enttäuscht. Der Sieger setzt dem Besiegten nach barbarischem Kriegsrecht schonungslos den Fuß auf den Nacken.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat niemals erwartet, daß die beutegierigen Imperialisten sich jemals in sanftmütige Freunde der Gerechtigkeit verwandeln würden. Daß die Friedensbedingungen unerträglich hart geworden sind, dafür sind die verantwortlich, die ununterbrochen das Durchhalten gepredigt und den Krieg bis zum Weißbluten unseres Volkes fortgesetzt haben, die selbst nach Ausbruch der Revolution nichts getan haben, um

die Versöhnung der Völker

zu fördern.

Gegen den Gewaltfrieden protestieren wir mit aller Schärfe und wir haben ein Recht dazu, weil wir, als der Chauvinismus bei uns tobte, gegen unsere eigenen Gewaltpolitiker mit der größten Entschiedenheit aufgetreten sind.

Es muß mit ganzer Kraft daran gearbeitet werden, um wenigstens eine Milderung der uns zugedachten wirtschaftlichen Lasten zu erzielen, damit das Proletariat nicht der Versklavung völlig anheimfällt und das Selbstbestimmungsrecht nicht mit Füßen getreten wird.

Wir geben uns dabei aber nicht der Illusion hin, daß die imperialistischen Machthaber der Entente sich wesentliche Zugeständnisse werden abringen lassen, weil ihre Friedensbedingungen das Ergebnis monatelangen Feilschens um die Kriegsbeute sind.

Das deutsche Volk muß sich über diese Tatsachen klar sein. Keineswegs darf es nochmals ein Opfer der chauvinistischen Hetze werden, durch die für die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages Stimmung gemacht wird.

Wird der Friedensvertrag nach Abschluß der Verhandlungen nicht unterzeichnet, so würde das Unglück, in das unser Volk hineingetrieben worden ist, verschlimmert,

die Hungerblockade verschärft,

die Rohstoffzufuhr und damit die Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens auch ferner unterbunden, weiteres Gebiet des Landes den Militaristen der Entente ausgeliefert werden.

Dieselben „Patrioten", die bisher nicht laut genug die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen fordern konnten, die wir unter allen Umständen für ein Gebot der Menschlichkeit und Gerechtigkeit halten, sind jetzt bereit, durch Ablehnung des Friedensvertrages die Unglücklichen weiter in Kriegsgefangenschaft schmachten zu lassen.

Wir sind davon überzeugt, daß der Friede von Versailles, ganz gleich wie er im einzelnen ausfällt, ebenso wenig von Dauer sein wird, wie es die Frieden von Brest-Litowsk und von Bukarest gewesen sind.

Wir haben volles

Vertrauen zu den Sozialisten der anderen Länder,

die bereits mit vollster Kraft gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes Stellung genommen haben. Wir wissen, daß die vereinigte Kraft der Proletarier aller Länder über jeden Imperialismus den Sieg davontragen und das Unrecht der Gegenwart wieder gutmachen wird."

Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg.

Ueber einen Teil der Verhandlungen vom Freitag haben wir bereits kurz berichtet. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen gibt Hauptmann v. Lilienstern an, daß Kapitänleutnant Pflugk-Harttung das Zimmer, in dem sich auch Liebknecht befand, nicht verlassen habe. Zum Abtransport Liebknechts seien ursprünglich zwei Autos bestimmt worden. Der Bruder des Kapitänleutnants Pflugk-Harttung sei allerdings in dem Zimmer gewesen.

Leutnant Sander: Ich hatte Wache im Edenhotel und erfuhr, daß Luxemburg und Liebknecht eingeliefert worden sind. Beim Abtransport sah ich, daß gegen Liebknecht zwei Kolbenschläge geführt wurden. Ein Offizier drehte sich um und sagte, mit einer Pistole drohend: Fort, ich schieße! Die Menge schrie auf Liebknecht ein: Schlagt ihn tot! Frau Luxemburg hatte, als sie die Treppe herunterkam, den Hut auf, zwei Offiziere gingen hinterdrein. Vors.: Haben Sie beim Abtransport der Frau Luxemburg gehört, daß ein Offizier gerufen hat: Ihr seid wohl verrückt? Zeuge: Ja, als Frau Luxemburg ins Freie getreten war. Der Vorsitzende fragt den Zeugen, aus welchem Grund er den Stadtrat Grützner, der damals als Oberleutnant den Zeugen auf der Wache ablöste, veranlaßt habe, die Wachtmannschaften auszufragen, was sie über die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts denken. Zeuge: Ich erhielt von Hauptmann Pflugk-Harttung den Auftrag, Oberleutnant Grützner mitzuteilen, daß er mit den Leuten, die Wache stellten, auf jeden Fall über Rosa Luxemburg und Liebknecht sprechen möchte, um zu sehen, welche Stimmung bei den Leuten herrschte. Ich teilte Oberleutnant Grützner dies mit. Hauptmann Pflugk-Harttung gab eine Erklärung ab, die sich mit den Aussagen des Zeugen Sander deckte.

Wachtmeister Dorkow: Ich hatte im Ebenhotel Wache. Gegen 9 Uhr abends wurde gesagt, Liebknecht sei eingeliefert worden. Ich ließ die Straße absperren, damit keine Zivilpersonen ins Edenhotel kommen könnten. Später hörte ich, daß auch Frau Luxemburg eingeliefert worden sei. Als Liebknecht herausgeführt wurde, lief eine Abteilung vom Vorderausgang zum Seitenausgang und es wurde gerufen: Schlagt ihn tot! Später sah ich auch Frau Luxemburg herausbringen und hörte jemand sagen, sie sei erledigt. Der Angeklagte Runge schüttelt sich vor Lachen. Der Zeuge gibt weiter an, daß von seiner Wache niemand zum Transport angefordert worden sei. Einige Leute seien selbständig vorgelaufen.

Unteroffizier Fricke hatte mit dem Wachtmeister Dorkow zusammen Dienst auf der Wache im Ebenhotel. Er weiß nur noch genau, daß in der fraglichen Zeit Runge und Draeger Posten standen. Ich sah ein Auto ankommen, das ich anhalten wollte. Man rief mir zu: Wir bringen die Rosa. Der Zeuge schildert dann den Angeklagten Runge als einen aufgeregten Menschen, sonst aber sei er ein guter Kamerad gewesen. Bei einem Demonstrationszug der Division seien die Truppen in der Potsdamer Straße von Zivilpersonen angepöbelt worden. Runge habe sich mit im Zuge befunden und sei in große Aufregung geraten. Er habe die Absicht gehabt, mit dem Kolben nach den Zivilisten auf der Straßenbahn zu schlagen. Vors.: Was sagen Sie dazu, Runge? Runge: Wir wurden von der Straßenbahn aus angepöbelt. Es wurde gesagt: Jetzt kommen die Pennbrüder, die feigen Halunken, die noch nicht im Felde waren. Sie sind zum Arbeiten zu faul und werden Soldat. Herr Vorsitzender, ich bin wohl erregt, aber nicht verrückt und bösartig. Vors.: Gestern sollen Sie sich doch übel benommen haben? Runge: **Solchen Zuchthäuslern und Lumpen, ob das Vater oder Bruder ist,**

schlage ich mit dem Kolben auf den Kopf.

Und so mache ich es mit jedem Spartakisten. Auch die Unabhängigen sind schuld an dem ganzen Elend.

Zeuge Draeger stand gemeinsam mit Runge Posten. Ihm wurde von Runge gesagt, daß er durch Luxemburg und Liebknecht die Arbeit verloren habe, **er wolle sie deshalb beiseiteschaffen. Liebknecht käme nicht lebendig heraus.** Ob Runge auf Liebknecht eingeschlagen hat, weiß ich nicht, er hat mir aber später gesagt, daß er Liebknecht ein paar gewischt habe. Beim Abtransport Luxemburgs war ich zugegen. Runge hat ihr ein paar Schläge versetzt, die wohl den Kopf trafen. — Es tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wird die Vernehmung des Zeugen Draeger fortgesetzt. Der Zeuge macht nur zögernde Aussagen und spricht sehr leise. Der Vorsitzende erinnert ihn daran, daß er bei der ersten Vernehmung bestimmtere Aussagen gemacht habe. Zeuge Draeger führt nunmehr fort: Beim ersten Schlag gegen Luxemburg fiel die Frau nach hinten mit dem Kopf auf mein Knie. Runge versetzte ihr noch einen Schlag, der auch auf den Kopf fiel. Dann habe ich sie mit einem Offizier aufgehoben und ins Auto gelegt. Vors.: Haben Sie die Aeußerung eines Offiziers gehört? Zeuge: Ja, es sagte jemand: Ihr seid wohl verrückt! Der Zeuge gibt weiter an, daß die Füße der Frau Luxemburg vom Wagen herausgehängt hätten, sie sei wohl bewußtlos gewesen, aber nicht tot. Die Schläge seien so aufeinander gefolgt, daß sie niemand aufhalten konnte. Er habe selber Angst gehabt, ein paar abzubekommen. — Kriegsgerichtsrat Jörns: Haben Sie

Schweigegelder erhalten?

Zeuge (nach langem Zögern): Nein. — Vors.: Warum machen Sie diese Aussage denn so zögernd? Haben Sie von niemand Geld bekommen? Zeuge: Ich habe nur am selben Abend **von Runge 20 Mk. bekommen.** Runge hat nichts dabei gesagt. Von der Aeußerung zu Runge, daß er das Edenhotel in die Luft fliegen lassen würde, wenn er nicht 20 000 Mark Schweigegeld erhalte, will er nichts wissen.

Runge wird hierauf gefragt, wie er sich zur Aussage des Draeger stellt. Runge: Ich habe vor der Tat überhaupt nichts geäußert, auch nachher nichts, es hat auch niemand gesehen, daß ich meinen Karabiner entladen oder entsichert habe; er kann das nicht gesehen haben, wenn er das sagt, würde er einen falschen Eid leisten. Ich habe den Karabiner in der Wachstube entsichert. Zeuge Draeger bleibt dabei, daß jemand sein Gewehr entsichert habe, ob es Runge war, will er jetzt nicht mehr genau wissen. — Anklagevertreter: Was sagt Runge dazu, daß er dem Zeugen Draeger 20 Mk. gegeben hat? Runge: Das wird sich aufklären, das sind Liebesgabengewesen, aber die habe ich schon vor dem Fall Liebknecht bekommen. Eine fremde Person, die nicht genannt sein wollte und die ich auch nicht kenne, hat mich aufgefordert, Draeger von den mir geschenkten 50 Mk. 20 Mk. abzugeben. — Vors.: Was war das für eine Persönlichkeit? Runge: Ein Zivilist.

Zeuge Sergeant Probst hat Luxemburg und Liebknecht als Kraftwagenbegleiter nach dem Edenhotel gebracht. Er will nicht die Drohung gebraucht haben, daß Liebknecht erschossen werden müsse. — Zeuge Göttinger war Führer des betreffenden Kraftwagens. Er hat gesehen, daß Runge Liebknecht mit dem Kolben geschlagen und daß er sich damit gebrüstet hat. Als Frau Luxemburg eingeliefert wurde, hat Runge gesagt, **die kleine Kruke muß auch eins abbekommen.** Auch Göttinger bestreitet, Liebknecht irgendwie bedroht zu haben.

Der nächste Zeuge ist der Maschinenschlosser Edwin Rzewuski. Gegen ihn ist von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Körperverletzung eingeleitet worden. Er macht von seinem Recht, die Aussage zu verweigern, keinen Gebrauch und freut sich darüber, daß er aussagen kann: Liebknecht und Luxemburg seien unsere ärgsten Feinde im Inlande gewesen. Als das Auto mit Liebknecht abfuhr, sprang er auf und schlug mit der Faust auf ihn ein, ebenso bei Frau Luxemburg. Früher sagte er aus, er hätte sie nur an den Haaren gezogen, jetzt gibt er aber zu, geschlagen zu haben. Nachher zeigte er seine blutige Faust. Der Zeuge wird nicht vereidigt.

Zeuge Schott war bei der Einlieferung Luxemburgs und Liebknechts im Hotel zugegen und hat gesehen, wie beide geschlagen wurden. Er hat **nur Soldaten vor dem Hotel gesehen.**

Fräulein Baumgärtner: Ich stand beim Portier am Fenster und sah, wie Frau Luxemburg ins Auto gezerrt wurde. Es war mir, als wenn sie ins Auto geschmissen wurde, sie war nicht imstande, zu gehen. — Vors.: Wie fanden sie das ganze Verhalten? — Zeugin: **Das Ganze war sehr roh, ich wandte mich ab, weil ich sehr entsetzt war.** Die Zeugin hat Frau Luxemburg noch für lebend gehalten, als sie in das Auto geschmissen wurde.

Zeuge Kellner Krupp bekundet, daß ein Soldat Liebknecht einen Schlag auf den Kopf versetzte. Er erkennt in dem Täter den Angeklagten Runge wieder. Als das Auto anfuhr, sah er einen Soldaten mit Reitmantel auffspringen, der Liebknecht schlug, nachher zeigte er seine **blutige Faust.** Vors.: Was wissen Sie von der Menschenmenge? Zeuge: Ich hörte, wie **Hauptmann Petri** sagte: **Haut das Schwein!** Die Soldaten bildeten beim Abtransport der Gefangenen vor dem Ausgang Spalier. Der Zeuge bekundet weiter, daß der Schlosser Rzewuski sowohl Liebknecht als auch Frau Luxemburg geschlagen habe. Dieser sei dabei auf das Auto gesprungen und gleich darauf wieder herunter. Kurz nach dem Abfahren des Autos hat der Zeuge einen Schuß gehört. Auf Befragen eines Besitzers erklärt der Zeuge noch einmal, daß **Hauptmann Petri geäußert hat: Haut das Schwein!**

Die Zeugin Töpfer hat gesehen, wie Rosa Luxemburg in das Auto geworfen wurde. Sie war der Ansicht, daß die Frau die Nacht nicht mehr **leben** würde, da sie stark blutete. Am anderen Tage habe der Direktor Ott vom Edenhotel dem versammelten Personal einen Zeitungsartikel über die Vorgänge vorgelesen. Von einer Beeinflussung will sie nichts wissen.

Der Nachtportier Schmidt hat gehört, daß der Angeklagte Runge sagte: **Die Luxemburg ist erledigt, sie schwimmt schon, wir sind nicht weit mit ihr gefahren.**

Der Kellner Mitelski hat gesehen, daß sowohl Liebknecht als auch Luxemburg bei ihrem Abtransport mit dem Kolben geschlagen worden sind. Er hörte später, wie in der Vorhalle des Hotels sich Offiziere über den Vorfall unterhielten. Einige hätten ihn als Robeit bezeichnet, andere äußerten, **man solle zufrieden sein, daß diese Leute um die Ecke gebracht seien.** Vors.: Hat ein Offizier bei dem Abtransport Liebknechts etwas Aehnliches gesagt? Zeuge: Ja. **Hauptmann Petri sagte laut und allgemein, man solle dafür sorgen, daß er nicht lebend ins Gefängnis komme.**

Der Soldat Krause hat gesehen, wie Rosa Luxemburg geschlagen wurde. Später hat er einen Schuß gehört. Der Zeuge wird über das Zechgelage im Edenhotel, wobei auch photographiert worden ist, befragt. Er erklärt, es sei nur Bier getrunken worden. Die auf dem Bilde stehende Weinflasche sei leer gewesen. **Die Angeklagten brechen in heiteres Gelächter aus.**

Die Zeugin Günther ist Garderobenfrau im Edenhotel und hat gehört, **wie Offiziere äußerten, Luxemburg und Liebknecht dürften nicht lebend herauskommen.** Später habe ihr ein Soldat gesagt, die Rosa schwimmt schon.

Zeuge Lilienthal war Befehlsempfänger im Edenhotel und hat gesehen, wie Liebknecht und Frau Luxemburg von einem Soldaten Kolbenschläge erhielten. Bei der Abfahrt sei ein Soldat aufs Auto gesprungen und wieder herunter, noch bevor es die Rampe richtig verlassen hatte. Auch er hörte später einen Schuß. Der Mann, der auf Luxemburg eingeschlagen habe, als sie schon im Auto lag, sei der Zeuge Rzewuski gewesen. Er habe sich später mit ihm unterhalten und seine Genugtuung geäußert, daß Luxemburg nun endlich tot sei.

Die Zeugen Schlietzke, Bischoff und Bienkowski standen in der fraglichen Nacht Posten an der Corneliusbrücke. Der Zeuge Schlietzke sah kurz nach 11 Uhr ein Auto kommen, in dem ein Zivilist saß, der keinen Hut auf hatte und am Kopfe blutete. Der Kraftwagen sei im Gegensatz zu allen anderen nicht angehalten worden, sondern man habe ihn durchfahren lassen. Am Motor habe er **keinen Defekt bemerkt,** der Auspuff sei regelmäßig gewesen. Die Zeugen bekunden übereinstimmend, daß das Auto ziemlich schnell gefahren sei. Bienkowski behauptet, es sei mindestens mit 15-Kilometer-Geschwindigkeit gefahren. Das Auto sei deshalb nicht angehalten worden, weil vorher gerufen worden sei: Regierungstruppen.

Die Sitzung wurde kurz nach 4 Uhr auf Sonnabend nachmittag vertagt.

Gewerkschaftliches.

Vor einem Telegraphenarbeiterstreik?

Berlin, 10. Mai. (W. T. B.) Der Lohnstreit der Telegraphenarbeiter vor dem Schlichtungsausschuß beim Reichs-Arbeitsministerium ist am 9. Mai durch einen Schiedsspruch zugunsten der Reichs-Postverwaltung entschieden worden. Der Ausschuß hielt die von den Telegraphenarbeitern gestellten Lohnforderungen, die weit über die Bezüge der Eisenbahnarbeiter hinausgehen, für unberechtigt, da er aus den Verhandlungen nicht die Ueberzeugung hatte gewinnen können, daß die Tätigkeit der Telegraphenarbeiter höher zu bewerten sei als die der Eisenbahnarbeiter. Er bezeichnet die von der Reichs-Postverwaltung angebotene erhebliche Lohnerhöhung von ungefähr 30 Prozent für durchaus angemessen, während die Arbeiter eine Erhöhung ihrer Bezüge um fast 60 Prozent gefordert hatten.

Die L. V. bezeichnet das Vorgehen der Regierung gegen die Telegraphenarbeiter als „eine bösartige Herausforderung". Wie mitgeteilt, haben die Telegraphenarbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne um 50 Prozent gefordert. Nach den Pol. Parl.-Nachrichten würde die Bewilligung dieser Forderung jährlich die Summe von 25 Millionen Mark erheischen, welchen Betrag zu bewilligen der Postminister nicht glaubte verantworten zu können. Er fand sich aber bereit, sich dem Schiedsspruch des — Reichsarbeitsministers zu unterwerfen. Wozu wir bemerkten, daß dies wie ein faulter Witz oder eine Verhöhnung der Telegraphenarbeiter klinge und dasselbe wäre, als wenn etwa der Zechenverband den Stahlwerksverband als Vermittler anrufen oder anerkennen wolle.

Dieser famose Schiedsspruch ist nunmehr am Freitag gefällt worden, und zwar, wie vorauszusehen, zugunsten der Telegraphenarbeiter. Die Regierung hat keine 25 Millionen Mark jährlich übrig für die Arbeiter, die bislang mit zu den am schlechtesten bezahlten gehörten; sie hat aber die gleiche Summe allmöchentlich übrig, um allerhand zweifelhafte Elemente und zweifelsfreie Banditen zu besolden, mit denen sie sich an der Macht erhält.

Die Telegraphenarbeiter sind jedoch nicht gewillt, sich ohne weiteres dem Spruch zu fügen. Das letzte Wort spricht die Telegraphenarbeiterschaft selbst! — Bleibt ihr kein anderer Weg als der Ausstand, so trägt die Schuld an der Erschütterung der Verkehrsverhältnisse die Regierung. Ihre Methode muß wie eine Provokation wirken.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 12. Mai 1919.

Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Halle.

Kollegen und Kolleginnen!

Die Verwaltung Berlin fordert die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung und legt in einem Flugblatt folgenden Tatbestand zu Grunde: Auf der Beiratssitzung am 17. April ging der Kollege Reichel vom Vorstand in seinem Referat auf die inneren Unruhen in unserer Organisation ein. Er vermaß sich, die Schuld an den Unruhen den Unabhängigen und den Kommunisten zuzuschieben. Als charakteristische Momente hierfür führte er die Vorkommnisse in Düsseldorf, Bremen, Hanau, Eßlingen, Leipzig und anderen Städten an. Der Vorstand beabsichtigt, mit allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln „seine Angestellten" vor Gesinnungsbedrückung zu schützen und erachtet es als unzulässig, daß bei der Neuwahl von Angestellten die Mitgliedschaften nach dem politischen Glaubensbekenntnis der sich Bewerbenden fragen. Ueberall da, wo nach Meinung des Vorstandes die Neuwahl der Ortsverwaltung nicht ordnungsgemäß erfolgt sei, will er zwangsweise Ortsverwaltung und Angestellte einsetzen.

Kollegen und Kolleginnen! Diese Gewaltpolitik kann nur und soll ja auch nur zu einer Klüftung der Gewerkschaft führen. Das geht klar und deutlich aus den Ausführungen des Kollegen Zernicke hervor, der uns wörtlich erklärte: „Wenn Ihr nicht in letzter Minute auf Eure Mitgliedschaft einwirkt, daß diese Dinge (Absetzung Angestellter) unterbleiben, dann ist es besser, Ihr ruft Eure Mitglieder und wir die unseren zusammen, dann bleibt als letztes der offene Kampf." Das zeigt so klar den Willen des Vorstandes, unter allen Umständen eine Spaltung herbeizuführen, wie auch die weiteren Ausführungen des Kollegen Zernicke, der sich vermißt, in dem Augenblick, wo auf unserem Verbandstag ordnungsgemäß die Neuwahl des Vorstandes erfolgt, auch dann noch mit der Neugründung einer Organisation zu drohen. Zernicke sagt: „In dem Augenblick, in dem die Führer entfernt werden, ist die Spaltung auch da."

Kollegen, Kolleginnen. Diese Aeußerungen von Vorstandsmitgliedern in die Tat umgesetzt, bedeutet Spaltung unserer Gewerkschaft. Eine außerordentlich stark besuchte, am Mittwoch, den 7. Mai im Volkspark tagende Mitgliederversammlung beschloß deshalb einstimmig, sich der Forderung der Berliner Verwaltung anzuschließen und sofort Bitten in Umlauf zu setzen, wo sich die Mitglieder der Verwaltung Halle einzeichnen können. Laut Statut sind ein Sechstel Unterschriften der Mitglieder des Gesamtverbandes notwendig, um den Vorstand zur sofortigen Einberufung zu verpflichten. Deshalb ersuchen wir unsere Kollegen, unter Vorlegung des Mitgliedsbuches oder Mitgliedsausweises sich an der Einzeichnung in die bei den Vertrauensleuten ausgelegten Listen vollzählig zu beteiligen. Bei der Eintragung ist erforderlich: Name, Beruf und Nummer des Buches oder Ausweises.

Die Vertrauensleute werden ersucht bis Dienstag den 13. Mai die Listen im Bureau in Empfang zu nehmen, und für Ablieferung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190512-17/fragment/page=0005

bis Sonnabend den 17. Mai Sorge zu tragen. Mitglieder, welche durch Vertrauensleute nicht erfaßt werden, können sich im Bureau einzeichnen. Kollegen, sorgt für baldige Erledigung der Listen.

Die Ortsverwaltung.

Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden.

Die auf Veranlassung des Magistrats inszenierte Entrüstungsaktion des Hallischen Bürgertums ging gestern mittag 5½ Uhr auf dem Roßplatz vor sich. Sie entsprach allerdings nicht den Erwartungen, die man an sie geknüpft hat, denn die von den Morgenblättern auf etwa 20 000 geschätzte Teilnehmerzahl ist ganz sicher viel zu hoch angegeben. Alle Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie, hatten ihre mehr oder weniger durch bisher zur Schau getragenen Annektionismus kompromittierten Führer vorgeschickt. Nicht weniger als 12 Redner hielten teils temperamentvolle, teils trockene Ansprachen an die Versammelten, in denen sie den schmachvollen Gewaltfrieden ablehnten und zur Einigkeit mahnten. (In demselben Augenblick, wo die Weißen Garden der Gegenrevolution von einem Gebiet ins andere ziehen, und Unfrieden unter der ruhigen Bevölkerung stiften!) Die meisten Redner waren der Ansicht, daß der Protest wohl wenig Gehör finden würde, doch dürfe nichts unterlassen werden, um die Feinde milder zu stimmen. Im Gegensatz zur Regierungssozialdemokratie macht die Unabhängige Partei und das Gewerkschaftskartell als berufene Vertretungen der Hallischen Arbeiterschaft diese nationalistische Protestbewegung nicht mit. Nicht etwa, weil wir gegen diesen furchtbaren Gewaltfrieden keine Einwendungen zu machen hätten, sondern weil nur der klassenbewußten Arbeiterschaft allein das Recht zusteht, gegen jegliche Vergewaltigung zu protestieren. Der Standpunkt der Arbeiterklasse wird in einer machtvollen Kundgebung zum Ausdruck gebracht, die am Mittwoch abend im Garten des Volksparkes stattfindet. Die Arbeiterschaft wird dort aber nicht nur gegen den drohenden Vergewaltigungsfrieden der äußeren Feinde, sondern vor allem gegen die noch brutalere gewalttätige Regierungspolitik im Innern flammenden Protest erheben. Im Anschluß an die Reden wurde die nachstehende Entschließung angenommen, die der Reichsregierung übermittelt werden soll. um sie den Friedensunterhändlern in Versailles als Kundgebung der Hallischen Bürgerschaft zu unterbreiten:

„Die Einwohnerschaft von Halle, heute zu vielen Tausenden auf dem Roßplatz versammelt, lehnt sich in tiefster Entrüstung gegen den uns zugemuteten Gewaltfrieden auf, der unter rücksichtslosem Bruch feierlicher Zusagen über Gerechtigkeit und Selbstbestimmungsrecht der Völker unser Volkstum vernichtet, Deutschland der wirtschaftlichen Sklaverei und dauernden Bedrückung durch fremde Völker ausliefert und unser ganzes Volk trübster Armut, hoffnungslosem Elend und sicherem Untergang preisgibt.

•

Eine Erklärung des Gewerkschaftskartells.

Vom Vorstand des Gewerkschaftskartells Halle geht uns mit dem Ersuchen um Abdruck die folgende Erklärung zu:

In der Saale-Zeitung sowie den Hallischen Nachrichten wird bei der Bekanntgabe der Kundgebung auf dem Roßplatze der Arbeitersekretär Kleeis als „Redner für das Gewerkschaftskartell" angeführt. Dies ist eine (bewußte?) Irreführung der öffentlichen Meinung!

Das Gewerkschaftskartell hat dem Arbeitersekretär Kleeis keinen Auftrag erteilt.

Auch wir verurteilen die versuchte Vergewaltigung des deutschen Volkes aufs allerschärfste. Trotzdem muß es die übergroße Mehrheit der Hallischen Arbeiterschaft ablehnen, hiergegen Schulter an Schulter mit den Kreisen zu demonstrieren, welche seinerzeit die Vergewaltigung Rußlands und Rumäniens nicht nur guthießen, sondern zum großen Teil eine noch größere Erniedrigung dieser Völker forderten. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells. J. A.: Paul Bowitzky.

Das Mitbestimmungsrecht der Eisenbahner.

Die Eisenbahner Halles hielten am vergangenen Donnerstag und Sonnabend zwei zahlreichte öffentliche Versammlungen im Volkspark ab, in welcher Abgeordneter Koenen über „Das Mitbestimmungsrecht der Eisenbahner auf den Eisenbahnen" in ausführlicher und aufklärender Weise sprach. Seinen Ausführungen folgte lebhafter Beifall und eine rege Diskussion, die in beiden Versammlungen zu der einstimmigen Annahme nachfolgender Resolution führte:

Die zahlreich versammelten Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten von Halle und Umgegend fordern das Mitbestimmungsrecht im Arbeits- und Dienstbereich nach allen Richtungen hin. Sie erkennen die festgesetzten Richtlinien für Betriebs-, Bezirks- und Zentralräte auf den Eisenbahnen, wie solche auf dem Kongreß der Eisenbahnarbeiterräte am 24. April in Berlin beschlossen worden sind, voll und ganz an und versprechen für deren Durchführung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wirken. Die Versammelten verurteilen ferner erneut das rigoroje Vorgehen der Eisenbahndirektion Halle in bezug auf die anläßlich des verflossenen Generalstreiks vorgenommenen Maßregelungen von Eisenbahnarbeitern und Eisenbahnbeamten und fordern die umgehende Wiederindienststellung derselben. Des weiteren fordern die Versammelten, daß die Bezahlung der verflossenen Streiktage allen bisher noch davon Ausgeschlossenen unbedingt nachgezahlt wird, oder daß alle davon ausgeschlossen werden.

Ferner schließen sich die Versammelten dem Vorgehen ihrer Berliner Kollegen auf weitere Lohnerhöhung und Heraufsetzung der Beamtengehälter an und erwarten auch in dieser Beziehung eine umgehende Regelung, wenn nicht sofort bei den Lebensmittel- und anderen hohen Preisen abgehaut werden kann und wird. Endlich erwarten die Versammelten, daß die Einführung des Achtstundendienstes für das Betriebspersonal inklusive der Pausen sofort in die Wege geleitet wird.

Diese Resolution ist der Eisenbahndirektion Halle und dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

Das „Gesindel" in der Halleschen Zeitung.

Jetzt wissen wir es ganz genau, was „Gesindel" ist! Die Hallesche Zeitung schreibt in dem Bericht über die Studentenversammlung, dem Ohmann der sozialistischen Studentengruppe wurde „die Antwort zuteil, daß ein Student, der sich, wie er es getan, gegen die Kaiserbüste mit verächtlicher Handbewegung gewandt habe, keine andere Bezeichnung verdiene!" Ja, die Kaiserbüste! Dieses Ueberbleibsel aus alter Zeit! Sie sollte längst mit allen anderen Kaiserbildern in Generalsuniform aus der Aula entfernt sein! Der Fortgang der Revolution wird auch mit diesem historischen Andenken an eine glücklich überwundene Kulturepoche aufräumen. Und doch! Solange die Kaiserbüste noch die Wand ziert, geht in den grauen Räumen der alma mater der Geist Wilhelms II. furchtbar grollend um! Solange die Studentenschaft immer noch zu Füßen der Monarchenbüste sich zu versammeln gezwungen wird, wird dieser militaristische, ergreaktionäre Geist immer wieder aus neue geboren! Wilhelm schaut unerbittlich mit ewig gleicher Miene auf die akademische Jugend herab — mit immer gleicher Hoffnung! Kommt Studenten! „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen!" Noch heute! Gerade heute! — Hingen die Büsten von wahren Führern des Volkes an der Wand, jede verächtliche Handbewegung würde mit „lautem studentischen Beifall" bealeitet werden, und „Gesindel" wären die, welche mit Verehrung unter den Büsten sozialistischer Vorkämpfer von der kommenden Zeit wahrer Freiheit: Menschlichkeit redeten.

Ist es unter solchen Umständen ein Wunder, daß der Rektor der Universität betont, „daß Deutschland nach wie vor einer Wehrmacht besonders gegen die inneren Feinde bedürfe?" Ist's nicht so, als spräche Wilhelm II. „An sein Volk" in eigener Person? Unter der Kaiserbüste kann „Se Majestät" mit „innerer Ruhe" niemand anders meinen, als die Sozialisten. Und die in Waffen sterrende Wehrmacht soll das Werkzeug sein zur Erdrosselung der Errungenschaften der Revolution, zur Niederhaltung der sozialdemokratischen Volksbewegung. Darum also in der Aula immer wieder der Ruf: Tretet ein in die Wehrmacht! Fort mit Gesindel! Der Kaiser ruft! Seht hin! Er ruft nach euch noch immer! Wehe, wer sich dem steinharten Gebieter an der Wand nicht ehrfurchtsvoll naht. Wehe, wer gar eine sozialistische Revolution unter der Kaiserbüste zu verleiten wagt! Unter der Kaiserbüste ist jeder Monarchist ein Held, jeder Sozialist ein Verbrecher! Wilhelm aber schaut unerbittlich mit ewig gleicher Miene herab auf die studierende Jugend. Und wenn es auch nur noch in der Universität ist: Aber hier bin ich noch immer: Diktator.

Einen Glaggeiang stimmt Kater Murr in der Saalezeitung an: „Heute besonders konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Versammlung zu einer deutsch-nationalen Veranstaltung gemacht werden sollte." So sind die Demokraten immer! Hinterher! Und was haben sie getan? Mitgezahlt haben sie! Mitgestimmt haben sie gegen die Sozialisten, für die deutsch-nationale Diktatur der Reaktion! Die Meiner der Sozialisten wurden auch noch bekannter Art ausgeschalt! Diese „herkannte Art" muß und wird ausgerottet werden! Bei unserem jungen Deutsche-Demokraten sollte es ähnlich werden; er konnte sich unter Beifall doch durchsetzen." Er konnte sich nicht durchsetzen, sondern erst, als er zum Schluß kläglich bekannte: Ich bin Landsturmmann und schiebe heute Abend Wache! Da freilich wbelte man ihm begeistert zu! „Daß sie nicht parteiisch seien, darin sollten sich Studentenversammlungen doch von den Linksradikalen unterscheiden. Wann kommt endlich der neue, frische, langersehnte Geist in unsere Reihen?" Das kann dem Herrn ganz genau gesagt werden: Wenn die Demokraten nicht mehr mit den Deutschnationalen mitheulen; wenn im Studentenausschuß keine Deutschnationalen mehr sitzen; wenn jeder Studierende, der den Willen hat zu ehrlichem Schaffen, Mitglied wird der Soz. Stud. Gruppe, zur Mitarbeit an einer besseren und höheren Bildung des Volkes!

* **Sozialistische Studentengruppe.** Wir laden hierdurch zu einer Versammlung ein im Auditorium maximum der Universität heute 8 Uhr a. t. abends, wo der russische Student Mamniakoff (Sozialrevolutionär) aus eigenster Anschauung über „Die heutige Lage in Rußland" sprechen wird. Bei dem regen Interesse, das das Thema und der Vortragende mit Recht erwarten darf, empfiehlt es sich, frühzeitig am Ort zu sein. Eine Aussprache in Form von Frage, Beantwortung durch den Referenten folgt.

Der Arbeitsausschuß.

* **Reichsfriedenstrauer.** Die Polizei macht bekannt: Auf Grund des Erlasses des Präsidenten des Reichsministeriums vom 8. Mai über die Landestrauer, sowie der Anordnung hierzu des Ministers des Innern und des Regierungspräsidenten zu Merseburg werden für die Zeit vom 10. bis zum 16. Mai 1919 einschließlich verboten: Alle öffentlichen, theatralischen, musikalischen Vorführungen, Schaustellungen und sonstigen Lustbarkeiten, soweit bei ihnen nicht ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet und sie nicht einen ernsten Charakter tragen; insbesondere: a) Vorführungen in Singspielhallen, Kabaretts, Tingeltangel, Vorstellungen der Zirkusunternehmungen und Varietees, musikalische und sonstige Vorträge in Gast- und Schankwirtschaften; b) alle öffentlichen Tanzlustbarkeiten, sowie Vereins- und Privattanzlustbarkeiten in Gast- und Schankwirtschaften; c) alle Schaustellungen und Lustbarkeiten auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten. Rummelplätze; d) kinematographische Vorführungen, welche nicht dem Ernst der Zeit Rechnung tragen; e) Pferderennen und sonstige öffentlichen Sportveranstaltungen; f) Spielklubs.

Man dürfte sich sehr täuschen, wenn man glaubt, mit derartigen Aeußerlichkeiten irgendwelchen Eindruck zu erwecken. Wenn die Anordnung einer Landestrauer angebracht war, dann nicht erst jetzt, sondern schon bei Ausbruch des Weltkrieges — am 1. August 1914.

* **Hallischer Lehrerverein.** In der Aula des Lyzeums fand kürzlich eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Verhandlungen Friedensverhandlungen sind und sprach die Hoffnung aus, daß bald ein Rechtsfriede zustande kommen möchte, der uns das Land läßt, das deutsch ist. Der neue Kriegsgefangenen zurückgibt und Deutschland die Möglichkeit der Wiederaufrichtung und Entwicklung bietet. Dann hielt Herr Prof. Dr. Hasenclever einen Vortrag über das Thema: Oesterreich und die deutsche Nationalversammlung 1848. Er zeigte darin vor allem, wie das Haus Habsburg sich seine Großmachtstellung auf Kosten des Deutschtums sicherte und dadurch die Verhandlungen in der Paulskirche scheitern ließ, und sprach die Hoffnung aus, daß nach Beseitigung des Hauses Habsburg in unseren Tagen die Deutschen sich wieder zusammenfinden werden. Die Versammlung beschloß sodann die Bildung eines Wahlausschusses, der aus 5 Mitgliedern besteht. Die Schulverwaltung hat den Antrag des Kollegiums der Lokomotivschule, einen Lehrplanausschuß zu bilden, der soll nicht einen Lehrplan für die neugegründete Grundschule ausarbeiten soll, genehmigt, und fordert den H. L.-V. auf, Vorschläge zu machen. Die Wahl von vier Herren soll an den einzelnen Schulen stattfinden. Es wurden mehrere Volksschullehrer zur Wahl vorgeschlagen. Gegen die Vorbereitung der Wahl zum Bezirkslehrerrat erhoben die Mittelschullehrer und Hilfsschullehrer Einspruch. Erstere wollen die Wahl in ihrer Organisation vornehmen, und letztere verlangen einen besonderen Vertreter. Die Versammlung bedauert lebhaft das Vorgehen dieser Sondergruppen, um so mehr, als ja die Mittelschullehrer und Hilfsschullehrer nicht nur Mitglieder des H. L.-V. sind, sondern auch in der vorbereitenden Versammlung zugegen waren. Die Versammlung nahm mit großer Mehrheit die Vorschläge des Vorstandes und der Vertrauensmännerversammlung an und erklärte damit, daß gerade in dieser Zeit die Lehrerschaft geschlossen vorgehen und alle unberechtigten Sonderbestrebungen zurücktreten müßten. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an: Die am 2. Mai in der Aula des Lyzeums tagende Mitgliederversammlung nimmt mit Befremden Kenntnis von der Absicht des Magistrats, Schulgebäude erneut anderen Zwecken dienstbar zu machen, wo Lehrer und Schüler der langersehnten Rückkehr in das eigene Schulhaus nahe zu sein glaubten. Sie bedauert ein solches Beginnen um so mehr, als dadurch eine große Zahl zum Teil verelendeter, tuberkulosekranker Kinder auf unabsehbare Zeit in ungenügend gelüftete und gereinigte Schulräume gepfercht und geistiger und körperlicher Verelendung ausgesetzt werden.

* **Schwurgerichtssitzung** vom 8. Mai. Ein gerichtliches Nachspiel der durch den Einzug der „Moskegarde" am 1. und 2. März geschaffenen Zustände, die unsern Lesern zu sattsam bekannt sind, bildete die heutige Verhandlung, in der der 18jährige Arbeiter Max Großmann sich zu verantworten hatte. Eine ganze Reihe von Anklagen wurde gegen ihn erhoben, sonderbarerweise sogar wegen unberechtigten Tragens einer Uniform, obwohl es sein Entlassungsanzug war. Aus der Tatsache, daß er am Sonnabend nachmittag mit einem Fuhrwerk auf dem Markt nicht weiter konnte und den sich daselbst abspielenden Vorgängen vom Rathause aus zusah, dann seine Uniform anzog, in der Brunnenschule ein Gewehr und Munition empfing, kurze Zeit am Stadttheater war und in der Nacht von Sonntag zum Montag in der Geittraße unentgeltlich ein Zigarrengeschäft bewachte, das infolgedessen tatsächlich auch nicht ausgeplündert wurde, wurde die Anklage gegen ihn wegen Aufruhrs, Teilnahme an einem bewaffneten Haufen, Nichtablieferung von Waffen unter erschwerenden Umständen und unberechtigtem Uniformtragen konstruiert. Die Geschworenen, unter denen natürlich trotz der neuen Zeit die Arbeiterschaft durch gezwungene Abwesenheit glänzt, sprachen ihr „Schuldig". Der Staatsanwalt beantragte die Kleinigkeit von 4 Jahren Gefängnis. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust und außerdem auf 3 Wochen Haft, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Die als Entlastungszeugen mitwirkenden Gebrüder Gorgas wurden vom Staatsanwalt in Haft genommen, weil sie sich unbedachter Weise selbst belastet hatten

In der Schwurgerichtssitzung am 10. Mai hatten sich wieder zwei bisher unbescholtene junge Leute, der landwirtschaftliche Arbeiter Karl Faulwasser und der Arbeiter Bruno Landgraf beide aus Halle, vor den „Volksrichtern" zu verantworten Beide waren des schweren Landfriedensbruches angeklagt. Bei dem ersten Angeklagten sieht die Sache nicht harmlos aus, denn er hatte sich aus dem Geschäft von Maiewerg verschiedene Uhrketten, 1 Stahl-Damenuhr, einen Marmorwecker usw. einige Kleinmer erbeutet und war zu diesem Zweck früh um 5 Uhr heimlich von zu Hause fortgegangen. Immerhin erscheint uns die Strafe von 2 Jahren Gefängnis für diesen Fall reichlich hoch bemessen. Der zweite Fall lag erheblich milder. L. hatte nur 1 Flasche Wein an Ort und Stelle getrunken und hatte einige gefundene Patronen in der Tasche, als er schlafend auf den Stufen des Rathauses von einer Patrouille der Regierungstruppen aufgegriffen wurde. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Landfriedensbruch und sprachen ihn der Hehlerei schuldig. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate Untersuchungshaft abgerechnet wurden. Am 9. Mai hatte sich das Schwurgericht mit einer anderen Sache zu befassen. Das Dienstmädchen Stöhnburg aus Löbejün hatte ihr neugeborenes Kind derartig gemißhandelt, daß nach 4 Wochen der Tod eintrat. Bei der Obduktion wurde ein Schädelbruch mit reichlichem Bluterguß ins Gehirn festgestellt. Die Geschworenen sprachen sie schuldig der „Mißhandlung durch eine das Leben gefährdende Behandlung", Das Urteil lautete auf 1 Jahr 8 Monate Gefängnis.

* **Lohnbewegung der Versicherungsbeamten.** In einer kürzlich im St. Nikolaus abgehaltenen Versammlung beschäftigten sich die Versicherungsbeamten mit der Neuregelung ihrer Gehaltsbezüge. Für schematische Arbeiter soll mit dem 45. Lebensjahre das höchste Monatsgehalt von 600 Mk., für selbständige Arbeiter von 700 Mk. und in der obersten Klasse von 900 Mk. erreicht werden. Indes bedeuten diese Sätze nur ein Mindesteinkommen. Die tägl. Arbeitszeit soll 7 Stunden, Sonnabends 4 Stunden, betragen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung erwartete die Versammlung eine Gehaltsregelung, welche die Versicherungsbeamten in die Lage versetzt, im neuen Deutschland eine ihrem wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen entsprechende Stellung einzunehmen. Ferner wurde dringend gefordert, daß nur die drei Kartellverbände, V. d. B., Vereine der Bureauangestellten und Zentralverband, zu den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zugelassen werden. Falls den berechtigten Forderungen der Versicherungsangestellten nicht Rechnung getragen wird, will man von allen gewerkschaftlichen Mitteln rücksichtslos Gebrauch machen.

* **Freie Jugend.** Morgen, Dienstag, 13. Mai, abends 8 Uhr, im Volkspark Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Bezirkskonferenz und Wahl der Bezirksleitung.

* **Ueber die Verwertung des Suppenmehls** wird vom Magistrat folgendes mitgeteilt Zu dem am Montag, den 12. Mai stattfindenden Verkauf von Suppenmehl wird mitgeteilt, daß dieses Nahrungsmittel hergestellt ist aus ⅔ reinen Kartoffeln und ⅓ Möhren Bei der letzten Verteilung dieses Mehles sind vielfach Klagen laut geworden, wonach es die Haushaltungen nicht durchweg befriedigt hat. Es ist nur anzunehmen, daß die Unzufriedenheit auf nicht sachgemäße Zubereitung zurückzuführen ist. Das Suppenmehl ist nicht gewürzt, es muß also von den Hausfrauen vor allem Salz, wenn möglich etwas Pfeffer und Suppengrün hinzugefügt werden. Bei einer Kochzeit von einer halben Stunde und Beifügung genannter Zutaten ergibt es ein wohlschmeckendes, nahrhaftes Gericht.

Drei arge Feinde.

Gicht, Rheumatismus und Hexenschuß (Ischias) heißen sie. Sie foltern ihre Opfer ebenso grausam, wie es in alten Zeiten die Henkersknechte taten.

Gicht, Rheumatismus und Hexenschuß haben nicht nur die gleiche äußere Veranlassung (Erkältung), sondern auch die gleiche innere, nämlich Vergiftung des Blutes durch zurückgehaltene Harnsäure.

Die Harnsäure ist ein giftiger Abfallstoff, der übrig bleibt bei der Verwandlung der Nährstoffe in Kraft und Wärme, genau so, wie beim Verbrennen der Steinkohle Schlacke übrig bleibt.

Die Harnsäure muß regelmäßig aus dem Blute entfernt werden, wie die Schlacke unter dem Dampfkessel, sonst entstehen Störungen.

Die Harnsäure setzt sich an bestimmten Stellen fest und verursacht Entzündungserscheinungen, die je nach der Naturanlage der betreffenden Person und je nach den näheren Umständen verschiedener Art sein können.

Die Harnsäure kann sich in Form fester Kristalle in den Gelenken und Sehnenscheiden ablagern, wo sie rasende Schmerzen und heftige, teigige Schwellung und Rötung verursacht. Später entstehen an diesen Stellen harte, knotige Anschwellungen, die sich zu völligen Verkrüppelungen der Hände ausbilden können.

Sie kann auch ohne Ablagerungen eine heftige Entzündung der Gelenke oder Muskeln veranlassen und wird lebensgefährlich, wenn sie den Herzmuskel ergreifen wird.

Sie kann endlich eine Entzündung großer Nervenstränge herbeiführen, die sich in neuralgischen Schmerzen des Gesichtes, des Kopfes (Kopfreißen), der Kinnladen, besonders aber des großen Hüftnerves (Hexenschuß, Ischias) äußern.

Man benutzte dagegen früher mit Vorliebe das Gift der Herbstzeitlose, welches ein Bestandteil der meisten alten „unfehlbaren" Gichtmittel ist.

Mancher, der solche Mittel benutzte, ist durch dieselben für immer von seinen Schmerzen erlöst worden — durch den Tod, denn Vergiftungsfälle waren nicht selten, und die Mittel wirkten auch nur vorübergehend.

Auch die früher viel verordnete Salzsäure ist nicht ungefährlich, dauernde Heilung bringt sie ebensowig.

Große Beliebtheit im Volke genießen verschiedene scharfe Einreibungen und Pflaster, und es ist wahr, daß sie durch Anregung des Blutumlaufes in dem erkrankten Körperteile die Entzündung vorübergehend beseitigen können. Das nützt allerdings nicht dauernd, aber es kann die Schmerzen lindern. Als gründliche Kur ist „Gichtofint" zur Entfernung der Harnsäure von zahlreichen Aerzten als gut erprobt worden.

Es enthält die Salze, welchen eine Anzahl der berühmtesten Heilquellen ihre gute Wirkung verdanken, in verstärkter Form, alle Stoffe aber, welche die Wirkung abschwächen oder welche keine Wirkung haben, sind weggelassen.

Dadurch wird eine sehr schnelle Auflösung und gründliche Entfernung der im Körper abgelagerten und im Blute vorhandenen Harnsäure erreicht, ohne daß es nötig ist, sich monatelang in einer Kurorte aufzuhalten, große Mengen Mineralwasser zu schlucken und strenge Diätvorschriften einzuhalten.

Das ist nicht nur angenehmer und bequemer, sondern auch viel billiger.

Zum Versuch erhält jeder, der danach schreibt, eine genügende Probe und eine Gebrauchsanweisung vollständig gratis vom Generaldepot: Victoria-Apotheke, Berlin S 360, Friedrichstraße 19 7646

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905 12-17/fragment/page=0006

* **Im Zoologischen Garten herrscht reges Frühlingsleben.** Busch und Strauch hüllen sich nun in das frischgrüne Frühlingsgewand, dazwischen schimmert schon das Weiß der Kirsch- und Birnbaumblüten, von dem Raubtiertaube entfalten die Mandelbäumchen ihre Blütenkelche und die Rasenbeete bedeckt eine frische, satte Grasnarbe. An der Ausgestaltung der Anlagen ist rüstig gearbeitet worden, mehrere Wege sind verbreitert, aufgefüllt und mit neuen Einfassungen versehen worden. Wenn auch die empfindlichen Tiere, denen die kalten Nächte verderblich werden können, noch nicht aus den Winterbehältern genommen und in die Sommergehege gebracht werden konnten, so bieten die anderen Gehege allenthalben Neues. Der Tierbestand hat sich in letzter Zeit erfreulicherweise durch Nachzucht wieder erheblich vergrößert. Zu den Klettertieren ist eine Anzahl Lämmer hinzugekommen, die Wölfin hat fünf gut entwickelte Junge geworfen, kleine Esel- und Zebrafohlen tummeln sich munter im Gehege und ein junges Kamel betrachtet mit neugierigen Augen die Welt. Besonders anziehend ist die landschaftliche Schönheit des Gartens mit den prächtigen Fernblicken vom Aussichtsturm nach dem herrlichen Saaletal, sowie in die nähere und weitere Umgebung.

* **Der Unterricht der gewerblichen Fortbildungsschule** beginnt Donnerstag, den 15. ds. Mts zur planmäßigen Zeit.

* **Stadttheater.** In Berücksichtigung der bis 16. Mai angesetzten Landestrauer gestaltet sich der Spielplan wie folgt: Heute, Montag, wird die Oper Carmen gegeben; Dienstag Johannisfeuer; Mittwoch: Undine; Donnerstag: Der Troubadour in neuer Einstudierung; Freitag abend 7 Uhr: Faust, 1. Teil. Am Sonnabend, den 17. Mai, findet die uriräumlich für Dienstag angesetzt gewesene Wiederholung von: Der Bürger als Edelmann, Komödie mit Tänzen von Molière, Musik von Richard Strauß, statt. Der Vorverkauf zu diesen Vorstellungen, wie auch zu den Aufführungen am Sonntag, den 18 Mai — nachmittags 3½ Uhr Volksvorstellung bei kleinen Preisen: Gewitter, abends: Lohengrin —, hat bereits begonnen.

* **Gastspiel Beckers im Apollotheater.** Der Landestrauer wegen sollen die Vorstellungen bis einschließlich 16. Mai aus. Die erste Wiederaufführung von Fliegentütenheinrichs Glück mit Beckers in der Titelrolle findet Sonnabend, den 17. Mai statt. Die bereits gelösten Eintrittskarten gelten für dieselben Tage der nächsten Woche.

Kreistagsvertreter-Konferenz.

Sonntag, den 25 Mai, vormittags 10 Uhr, findet in Halle im Volkspark, Burgstraße 27, eine Konferenz der von der U. S. S. gewählten Vertreter des Kreistages für den Saalkreis statt. Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.

Aus der Provinz.

Die Noskegarden in Mitteldeutschland.

Eine von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Eilenburgs einberufene Konferenz, an der auch die Kommunisten und Rechtssozialisten teilnahmen, nahm Stellung zu der Einquartierung der Regierungstruppen in Eilenburg. Stadtverordneter Genosse Cunzisch teilte der Versammlung mit, daß wegen dieser Angelegenheit mit der städtischen Behörde eine Sitzung bereits stattgefunden habe, in der alle Möglichkeiten erörtert worden seien, die sich ohne weiteres beim Einzug der Truppen einstellen würden. Es sei auch sofort an den Ersten Bürgermeister, der sich zurzeit in Berlin befindet, ein Telegramm abgesandt worden, in dem ganz entschieden Protest bei der Regierung gegen diese Einquartierung erhoben wird. Abgeordneter Naute, der in seiner Eigenschaft als Abgeordneter nach Berlin berufen ist, soll gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister bei der Regierung und dem Reichswehrminister vorstellig werden. Genosse Naute wies in längeren Ausführungen darauf hin, welche Stellung die Arbeiterschaft zu dieser Angelegenheit einnimmt. Es entspann sich eine lebhafte Aussprache, in der sich alle Redner gegen die Verlegung der Regierungstruppen hierher wandten. Das einzige Mittel zur Verhinderung dieser Maßnahmen in der man einen Vorstoß gegen das friedliche und ruhige Verhältnis am Orte erblickt, sieht man in einem Generalstreik. Dieser soll sich aber nun nicht allein auf Eilenburg beziehen, was von vornherein als verfehlt angesehen wird, sondern sich über den ganzen mitteldeutschen Industriebezirk erstrecken. Es wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Die Sitzung der Vertrauensleute der sozialdemokratischen Parteien, der Gewerkschaften, der Industrie, der Betriebe, der Eisenbahn und Angestellten erkennt an, daß ein Generalstreik, der sich zur Verhinderung der Militärdiktatur nur auf Eilenburg beschränkt, von vornherein wirkungslos ist. Sie beauftragt, eine aus allen Korporationen zu wählende Kommission, sofort mit dem mitteldeutschen Industriebezirk in Verbindung zu treten und zu ersuchen, den Generalstreik über den ganzen Bezirk auszudehnen. Diese Kommission hat den hiesigen Vertrauensleuten Bericht zu erstatten, die dann endgültig entscheiden."

Hierauf wurde eine 3gliedrige Kommission aus den beiden sozialdemokratischen Parteien und den Vertrauensleuten der größeren Betriebe gewählt, die die nötigen Schritte in dieser Angelegenheit unternimmt.

•

Aus Torgau wird uns über den Einzug der Noskeschen Landsknechte geschrieben: Nach der „siegreichen" Erledigung Braunschweigs sollen die Landesjäger scheinbar auf Leipzig losgelassen werden. Oder sollte Torgau als zukünftige Garnison für diese Soldateska in Frage kommen? Die im Volksblatte erschienenen früheren Schilderungen der Taten dieser Leute wurden von den Spießern vielfach als übertrieben bezeichnet. Jetzt, wo diese Noskebelben hier sind, hat selbst der reaktionärste Spießer einen gewaltigen Schreck bekommen und überall, wo man hinkommt, werden Wünsche laut, die Stadt ja recht bald wieder von diesen Söldnern zu befreien. Im folgenden mögen kurz einige der Taten, welche die Noskejünger innerhalb der ersten 24 Stunden in Torgau vollbrachten, geschildert werden. Zunächst ziehen die Leute in Trupps, schwerbewaffnet durch die Straßen. So passierte es z. B. einem in den 60er Jahren stehenden Einwohner, daß er von einem solchen Trupp dem Bürgersteige gedrängt wurde. Als er auf seine Rechte als Bürger hinwies, wurde ihm unter Drohungen zugerufen: „Halt die Schnauze, du Spartakist, dich schlagen wir tot!" Die Söldner drangen derart auf ihn ein, daß er in ein Haus flüchten mußte. Ein anderer Fall: Einige Lehrlinge der Firma Stoll begegneten einen Trupp dieser Leute, bei welcher Gelegenheit einem der Jungen der Ausdruck Nosketruppen entschlüpfte. Nachdem es nicht gelang, den Jungen zu fassen, jagte man den Leuten sechs Revolverkugeln nach; glücklicherweise ohne zu treffen. — Einigen der Leute scheint auch das Schamgefühl abhanden gekommen zu sein. Denn nach genommenen Bad in der Elbe legten sich einige von jeder Kleidung entblößt, in der Nähe des Elbdammes, auf dem Kinder und Spaziergänger in Menge sich bewegen, ins Gras und erregten dort öffentliches Aergernis. Andere wieder brachten in der Elbe einen Fischerkahn zum Sinken, der nur mit großen Schwierigkeiten wieder herausgeholt werden konnte. Weiter riß man einen angeschlossenen Kahn los und machte trotz des Ruderns unfundig, eine Ruderpartie, wobei Handgranaten in den Strom geworfen wurden. Am Tage nach dem Eintreffen der Truppen erschienen ein Hauptmann und ein Leutnant im Bureau des Arbeiterrates im Landratsamte. Dort verlangten sie vom Genossen Hanke die Beseitigung der vor dem Gebäude wehenden roten Fahne. Nachdem Genosse Hanke erwiderte, daß die Fahne oben bleibe, gingen die Offiziere von dannen. Am Abend desselben Tages beobachtete man einen Leutnant mit einem Trupp seiner Söldner auf dem Vorabplatz diskutieren. Nachdem es dunkel geworden, drang die Bande unter Führung eines Unteroffiziers in das Grundstück des Landratsamtes ein. Hier setzte man dem Hausmann, der die Roblinge auf ihr Tun aufmerksam machen wollte, den Revolver auf die Brust und verlangte zum Zwecke des Umsägens des Fahnenmastes von ihm eine Säge. Alles beruhigende Reden des Hausmannes nutzte nichts, während einer der Leute am Mast hinaufkletterte, die rote Fahne herunterriß und dafür den schwarz-weiß-roten Lappen befestigte, sagte man dem Hausmann unter vorgehaltenem Revolver: „Wenn wir einmal dabei sind, dann wissen wir nicht, was wir tun!"

Nach vollbrachter Tat gingen die Leute nach dem Schützenhause und verlangten von dem Wirte, und zwar auch wieder unter schußbereitem Revolver, eine schwarz-weiß-rote Flagge. Es waren dies ein Unteroffizier und zwei Mann. Ein an der Artilleriekaserne stehender Posten der Sicherheitswache fragte einen Trupp, warum sie in der Stadt mit Handgranaten gingen. Ein Wortwechsel an dem Mann sollte die Folge sein. Er flüchtete jedoch in das Innere der Kaserne. Der ihn verfolgenden Meute stellte sich ein Unteroffizier in den Weg, um vermittelnd zu wirken. Ihn beiseite schleudernd, riefen die Wilde gewordenen: „Bei uns herrscht das Faustrecht; wer sich uns in den Weg stellt, wird abgemurkst!" Ein einarmiger Kriegsbeschädigter fragte einen der Noskegesellen, warum sie denn mit dem Revolver in der Stadt spazieren gingen. Ein schußfertiger Revolver blitzte ihm als Antwort entgegen und nur einigen dazwischen Springenden dankt es der Kriegsbeschädigte, daß er mit heiler Haut davongekommen ist. Frauen oder Mädchen dürfen sich bei eingetretener Dunkelheit auf der Straße überhaupt nicht mehr sehen lassen. Ist dieses der Fall, so ist zu beobachten gewesen, daß ein halbes Dutzend dieser Ordnungsleute darüber herfielen.

Wir sind der Meinung, daß das oben Geschilderte genügt, um sich ein Urteil über die Qualität der Noskegardisten bilden zu können. Um nun zu verhindern, daß es zu Blutvergießen kommt, ersuchen wir die Arbeiterschaft, sich durch nichts provozieren zu lassen. Denn sobald es erst einmal mit dieser eingelösten Soldateska zum Krach gekommen ist, wird die Sache so gedreht, daß sie den Ort überhaupt nicht mehr verlassen. Die bis jetzt verzeichneten Uebergriffe der Noskegardisten machten eine Versammlung notwendig, an welcher Vertreter der gesamten werktätigen Bevölkerung, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, teilnahmen. Es wurde beschlossen, sofort eine Kommission nach Berlin zu entsenden, um mit dem „Wärminister" Noske zu verhandeln dahingehend, die Landesjäger aus Torgau zurückzuziehen. Es müsse im anderen Falle jede Verantwortung für die Zukunft abgelehnt werden. Von dem Resultat der in Berlin gepflogenen Verhandlungen wird es abhängen, welche weiteren Schritte unternommen werden sollen.

39000 Pfund Butter verdorben.

Am 12. April hat die Reichsfettstelle in Berlin folgendes Telegramm erhalten:

Magdeburg, 12. April. Erbitten umgehende telegraphische Verfügung über in Dresden lagernde 19500 Kilo Butter von Tangermünde stammend, da solche laut Landesfettstelle Dresden für menschlichen Genuß untrauchbar und Blatzmangel ist. Intendantur IX Altona drahtet: Wenn Butter für menschlichen Genuß untrauchbar, Anschuß für Oele und Fette, Berlin anbieten. Unterschrift: Intendantur IX. A.-K.

Hier ist also eine Menge verdorben, die bei der gegenwärtigen Ration von 40 Gramm pro Woche für eine Bevölkerung von 500000 Menschen für eine ganze Woche ausgereicht hätte. Es ist unverantwortlich, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo Hunger und Entkräftung die Menschen peinigt, durch die Zurückhaltung von Lebensmitteln durch die Heeresverwaltung Lebensmittel verderben können.

Merseburg. Eine Mitgliederversammlung der U. S. P. findet am Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Thüringer Hof statt. Die Tagesordnung ist wichtig.

Eisleben. Frauenversammlungen. Von heute ab finden im Mansfelder Kreise eine größere Anzahl von Versammlungen statt, in welcher Genossin Auguste Hennig aus Leipzig sprechen wird. Am Montag den 12 in Molmeck und dann täglich weiter in Großörner, Lettbach, Ermsleben, Wippra, Bernburg, Friedeburg und Oeste Sonntag nachmittags und abends. Gerbstedt, Volleben, Augsdorf, Siersleben, Helbra, Ziegelroda, Klitzdorf Sonntag, 25 Mai, nachmittags; Hergisdorf abends. Kreisfeld, Wimmelburg, Wolferode, Schraplau Himmelfahrt nachmittags; Siebleben abends Helfta, Erbeborn, Hohnstedt Sonntag nachmittags; Teberstedt abends. Bennstedt, Langenbogen, Zauwerdorf, Teutleben thal, Donndorf am 6. Juni (Schluß). Falls andere Orte noch eine Referentin wünschen, wolle man dies dem Kreisvorstand melden.

Wittenberg. Die Diebstahlssache im Sanitätsdepot zieht noch weitere Kreise. Bei einer erneuten Haussuchung in der Wohnung der verhafteten Frau Böttcher wurden noch weitere gestohlene Gegenstände (Decken, eine größere Menge Kaffee, Säcke) gefunden. Auch wurde ein Muse, in der Heuneumühle wohnhaft, verhaftet. Weitere Verhaftungen sollen noch bevorstehen.

Bitterfeld. Vom Auto überfahren. Beim Versuch, auf das nach Wittenberg in Fahrt befindliche Personenauto zu springen, glitt der 22jährige Arbeiter Seidlitz ab und stürzte vor die Räder des Autos. Beide Beine wurden ihm schwer verletzt, so daß der Bedauernswerte ein Krüppel bleiben wird. Er wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Paul Gerhardtstift gebracht.

Bernburg. Auch die Anhalter Bergarbeiter rühren sich. In einer am Freitag im Gewerkschaftshaus stattgehabten, überaus stark besuchten Bergarbeiterversammlung wurde von dem Ergebnis der Verhandlungen Bericht erstattet. — Nach dem Berichte wurde die Versammlung, ohne anzufragen, ob einer der Bergarbeiter das Wort wünsche, mit den klassischen Worten: — „Und morgen geht ihr alle an die Arbeit, damit es nicht heißt, in unserer Organisation sei keine Ordnung" — geschlossen. Ob dieses Verhalten bemächtigte sich der Versammelten eine ungeheure Erregung, die sich in einer drastischen Rede eines Teilnehmers Luft machte, der die Diskussion gegen den Willen der Leiter wieder eröffnete. Nach einigen einleitenden Worten des Genossen Schilling nahm in der neuen Versammlung Gen. Böttge das Wort und geißelte scharf das Verhalten der Versammlungsleitung, ging auf die „Märchen vom mitteldeutschen Generalstreik" ein und brandmarkte unter tosendem Beifall die Politik der Rechtssozialisten, sowie ihre verderblichen Folgen für die Arbeiterschaft. Er hob hervor, daß nur die U. S. P. die Gewähr biete, daß auch die Arbeiterschaft zu ihrem Rechte gelange. Nach einer lahmen Entschuldigung des Angestellten der Bergarbeiter über die vorzeitige Schließung der Versammlung bequemte er sich dazu, diese als Gewerkschaftsversammlung weiter zu leiten. Jetzt versuchten der Arbeitersekretär und Herr Speckert die Wirkung der Rede des Gen. Böttge abzuschwächen, sie fanden aber absolut keine Gegenliebe. Als Gen. Böttge zur Erwiderung das Wort ergriff, die Angriffe zurückwies und unter brausendem Beifall schloß, versuchten die Rechtssozialisten weiter zu reden. Entrüstete Schlußrufe tönten ihnen entgegen, und die Versammelten verließen demonstrativ den Saal. Eine Anzahl Aufnahmen für die U. S. P. war der Erfolg der Vergewaltigungstaktik der „Führer" der Rechtssozialisten. Die Arbeiterschaft sei schon heute zu der am Donnerstag, den 15. Mai, im Gewerkschaftshaus stattfindenden öffentlichen Versammlung der U. S. P. eingeladen, in der wir uns mit der Frage der Betriebsräte und ferner: Was, wie und wann wir sozialisieren wollen, beschäftigen werden.

Arbeiter, tretet den Vereinen der Unabhängigen Sozialdemokratie bei und werdet Leser des Volksblattes!

Asthma und Lungenleiden

Herr Hauptlehrer Hiller aus Bilau schreibt: Seit mehr als 18 Jahren litt ich an Atemnot. Dies wurde immer schlimmer, so daß ich ein Lungenleiden befürchtete. Ich mußte den größten Teil der Nacht sitzend im Bett zubringen. Husten und Nachtschweiß machten mich so matt, daß ich kaum meine Glieder schleppen konnte. Alle möglichen Mittel wurden versucht — aber helfen konnte mir keines. — Da wandte ich mich an Sie. Ich führte die Kur so gut ich konnte durch und erzielte bald Besserung, die immer weitere Fortschritte machte — bis ich jetzt vollständig geheilt bin. Ich bin ein neuer gesunder Mensch geworden u. spreche Ihnen meinen herzlichsten Dank aus . . .

Leiden Sie an Schnupfen, Halsschmerzen, Heiserkeit, Husten, Atemnot, Auswurf zähen Schleimes, Stechen auf Brust und Rücken, Nachtschweiß, kalten Händen und Füßen, Blutspucken, pfeifenden u. schnurrenden Geräuschen in der Brust, oft heftigem unregelmäßigem Herzschlag, starkem Angstgefühl, mangelhaftem Schlaf, schlechter Verdauung usw., so verlangen Sie sofort meine neueste, mit Vorwort eines als Kreisphysikus geprüften Arztes versehene Broschüre. Sie wird Ihnen

vollständig gratis

gegen Einsendung des Portos zugesandt.

Kur-Direktor Wackwitz,
Kötzschenbroda Sa., Schließfach 44.
Sprechstunden täglich 9—12 Uhr. *645

In
Puppen und Spielwaren
finden Sie reiche Auswahl
im
Spielwarenhaus
Rud. Weibezahl
Obere Leipzigerstr. 66.
836

Bücher-Anzeigen.
Das Geheimleben des Berliner Hofes.
Das Privatleben Kaiser Wilhelms II. und seiner Gemahlin. Aus dem Englischen übersetzt von Esther Booth. Aus den Memoiren und Aufzeichnungen einer Hofdame der Kaiserin. Preis 5 Mk. zuzüglich 15 Pfg. Porto, Kaufm. 15 Pf. mehr.
Friedrich Lindner, Leipzig-Gl., 7.
Inhaber Eugen Kaske.
Tel. 36149. Postscheckkonto Leipzig 50573. *426

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Neu! I. Band. Neu!
Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten.
Von Wilhelm Blos.
Preis 3 M. Porto 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/44.

Bratwurst glöckle-Varieté.
Tränen lachen Sie über den Komiker 1011
Artur Altmann,
Baumann-Klein-Duett, Bill und Port., Spaßmacher, und der urkomischen Posse: In der Sommerfrische.
Konzert: Anfang 8 Uhr. Grösster Betrieb am Platze.

Sämtliche **Parteischriften** empfiehlt
Volks-Buchhandlung.

Vorannmeldung zum Bezuge von Gemüsekonserven.

In der Woche von 25. bis 31. Mai findet eine Verteilung von Gemüsekonserven statt. Um eine ordnungsmäßige Verteilung zu ermöglichen und auch diejenigen Geschäfte, die in Friedenszeiten Gemüsekonserven verkauften, eine Kundenliste aber bisher nicht eingereicht haben, zu berücksichtigen, wird folgendes bestimmt: Jeder Haushalt hat sich in den Tagen vom 13., 14. und 15. Mai bei einem Konsumverein, Fettkoste oder Kolonialwarenhändler, bei dem er die ihm zustehenden Gemüsekonserven einzukaufen gedenkt, anzumelden. Bei der Anmeldung hat er unter Vorlage des Lebensmittelscheins die Warenbezugsmarke Nr. 316 des Warenbezugscheines 21 abzugeben. Die Kleinhändler haben eine genaue Liste über die Haushalte, die sich bei ihnen angemeldet haben, zu führen. In der Liste muß angegeben sein: Nummer des Lebensmittelscheines, die darin angegebene Kopfzahl und die von dem Haushalte zum Bezuge eingereichten Bezugsmarken Nr. 316. Die Warenbezugsmarken sind zu Hunderten gebündelt mit einer Abschrift dieser Liste bis spätestens Montag, den 19. Mai in einem gut verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Vorannmeldung zum Bezuge von Gemüsekonserven" im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, eine Treppe, 2. Saal links, abzugeben. Zur Verteilung gelangen für den Kopf 2 Pfund Gemüsekonserven. Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Haushalte sich die Sorten nicht auswählen können, sondern daß jeder die Sorten abnehmen muß, die dem betreffenden Kleinhändler zugewiesen werden. Bekanntmachung über den Verkauf folgt später.

Halle, den 12. Mai 1919. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905 12-17/fragment/page=0007

U.T. Leipzigerstraße 88.
Fernruf 1224. :: Fernruf 1224.

Viggo Larsen
in: „Die Diamanten des Zaren"
Verbrecher aus Liebe.
Trag. Schauspiel in einem Vorspiel u. vier Abteilungen!
Vorführung: 4.50 7.00 9.20.

Waldemar Psilander
in: „Die Liebesgeschichte eines Schauspielers".
Drama in 4 Akten.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.
Beginn 4 Uhr.
Die Abend-Vorstellung beginnt 8.10.
1018

Schmitz-Bonn's
Wasch- u. Bleichhülfe
vom R. A. genehmigt, gibt
blütenweisse Wäsche
ohne sie im geringsten anzugreifen.
Alleinige Fabrikanten
Schmitz-Bonn Söhne, Chem. Fabrik
Düsseldorf-Reisholz.

Mansfelder Kreis.

Oeffentl. Frauenversammlungen
finden statt in: *651

Molmerk, 12. Mai
Großörner, 13. Mai
Leimbach, 14. Mai
Ermsleben, 15. Mai
Wippra, 16. Mai
Benndorf, 17. Mai
Friedeburg, 18. Mai, nachm. 3 Uhr
Oeste, 18. Mai, abends 8 Uhr
Gerbstedt, 19. Mai
Sokeben, 20. Mai
Augsdorf, 21. Mai
Siersleben, 22. Mai
Helfta, 23. Mai
Ziegelrode 24. Mai
Ahlsdorf, 25. Mai, nachm. 3 Uhr
Hergisdorf, 25. Mai, abends 8 Uhr
Kreisfeld, 26. Mai
Wimmelburg, 27. Mai
Wolferode, 28. Mai
Schraplau, 29. Mai, nachm. 3 Uhr
Eisdeben, 29. Mai, abends 6 Uhr
Helfta, 30. Mai
Erdeborn, 31. Mai
Höhnstedt, 1. Juni, nachm. 3 Uhr
Dederstedt, 1. Juni, abends 8 Uhr
Bennstedt, 2. Juni
Langenbogen, 3. Juni
Zappendorf, 4. Juni
Teutschenthal, 5. Juni
Dornstedt, 6. Juni.

Beginn der Versammlungen abends 8 Uhr.
Referentin: Genossin **Heunig**, Leipzig.
Zahlreichen Besuch sieht entgegen Der Kreisvorstand

U.T. Alte Promenade 11 a.
Fernruf 5738.

Lieblingsfrau des Maharadscha 2. Teil
Vorführung: 3.00 4.50 6.50 8.50
Alle Vorzüge aufgehoben.
Der **Maharadscha-Roman** (Teil I u. II) ist an den Kassen und Kleiderablagen wieder erhältlich. 1017

Verein Ansiedlung „Ost" Ortsgr. Halle.
Morgen, Dienstag, den 13. Mai, abends 7½ Uhr, im Volkspark: 1022
: Mitglieder-Versammlung. :
Das Erscheinen aller Mitglieder ist wegen Wichtigkeit der Tagesordnung erforderlich. **Der Vorstand.**
Der fällige Maibeitrag wird in der Versammlung erhoben.

Zentralverband d. Maschinisten u. Heizer
(Zahlstelle Merseburg).
Mittwoch, den 14. Mai, nachm. 5½ Uhr, im Gasthof „Zum heiteren Blick" in
Leuna:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: *650
1. Bericht über die gegenwärtige Lohnbewegung in der Zahlstelle. 2. Verschiedenes.
Wir ersuchen die Kollegen vom Leunawerk und aus Merseburg, sowie der Baufirmen der Leunawerke, um vollzähliges Erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

U.S.P.D. Jessnitz.
Dienstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Volkshaus:
Oeffentl. Volks-Versammlung.
Genosse **Bach-Leipzig** spricht über: *622
Was wollen die Kommunisten?

Merseburg.

Auf Grund des § 4 der Anordnung über die Regelung von Milch und deren Erzeugnisse für die Stadt Merseburg vom 21. Oktober 1918 — L. A. II. 2852/18 — wird zur Regelung des Verkehrs mit Vollmilch für die Stadt Merseburg folgendes angeordnet: 1. Vollmilch darf nur unter Vorlegung der **ganzen Stammkarten** abgefordert und verabfolgt werden. Die Milchverkaufsstellen haben die einzelnen Tagesmarken eigenhändig von der Milchkarte abzutrennen. 2. Die vom Magistrat ausgegebenen Milchkarten tragen den Amtsstempel des Magistrats. Karten, die diesen Amtsstempel nicht haben, sind ungültig, von den Milchverkäufern sofort einzuziehen und der Name des Vorzeigers dem Magistrat sofort schriftlich oder durch Fernsprecher anzuzeigen. Die Milchverkäufer sind für die strenge Durchführung dieser Anordnung verantwortlich.

Merseburg, den 10. Mai 1919.
L. A. II. 1310/19. **Der Magistrat.**

Die Zinsen der Kaufmann Kriegnerschen Stiftung im Betrage von 300 Mk. sind zu vergeben. Die Stiftung hat den Zweck, zehn hier wohnhaften, auf hiesigen Schulen gebildeten, unbemittelten Kaufmannslehrlingen zu ihrer weiteren kaufmännischen Ausbildung durch Bücher, Privatunterricht und dergleichen eine Beihilfe zu gewähren. Verwandte des Stifters werden vorzugsweise berücksichtigt. Bewerbungsgesuche mit den nötigen Zeugnissen sind binnen zwei Wochen einzureichen.

Merseburg, den 8. Mai 1919.
II. 268/19. **Der Magistrat.**

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Aenderung der Geschäftsstunden der Bäckerei- und Konditoreibetriebe.
In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 11. April 1919 werden die Geschäftsstunden an den Sonntagen für die hiesigen Bäckerei- und Konditoreibetriebe antragsgemäß nur auf die Zeit von ½8 bis ½10 Uhr vormittags festgesetzt.

Merseburg, den 8. Mai 1919.
F. III. 74/19. **Die Polizei-Verwaltung.**

Ausgabe von Mager- und Buttermilch
in der Woche vom 12. bis 17. Mai ds. Js. in sämtlichen Verkaufsstellen. Es werden an Mager- und Buttermilch zugeteilt: auf Feld 22 und 23: soweit diese noch nicht beliefert sind, sowie auf Feld 24 für alle Versorgungsberechtigten ¼ Liter.

Merseburg, den 10. Mai 1919.
L. A. II. 1808/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Aenderung der Anordnung über den Verkehr und Verbrauch von Speisefetten im Stadtbezirk Merseburg.
Auf Grund der Verfügung der Reichsstelle für Speisefette vom 15. März 1919 — Tgb. Nr. Ia. 824/19 — betr. Selbstversorger, wird die Anordnung des Magistrats über den Verkehr und den Verbrauch von Speisefetten im Stadtbezirk Merseburg vom 21. Oktober 1918 — L. A. II. 2876/19 — wie folgt abgeändert: 1. Die Bestimmung Abschnitt II, Ziffer 2 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: Zu den Selbstversorgern sind ferner diejenigen Wirtschaftsangehörigen in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben zu rechnen, die zwar nicht in die Haushaltsgemeinschaft aufgenommen, aber in dem landwirtschaftlichen Betriebe gegen Entgelt in ein dauerndes Arbeitsverhältnis getreten sind, das ihre Arbeitskraft vollständig oder ganz überwiegend in Anspruch nimmt. 2. Abschnitt IV Abs. 1 lautet jetzt folgendermaßen: Die Milcherzeuger müssen die nach Deckung des eigenen Bedarfs (d. h. für den Kopf des Haushalts und der Wirtschaftsangehörigen landwirtschaftlicher Selbstversorgerbetriebe — vergl. Abschn. II, Ziffer 2 — täglich ¼ Liter, für jedes Kalb auf die ersten 42 Tage täglich 4 Liter) verbleibende Milch an die Merseburger Molkerei liefern. 3. Abschnitt V erhält folgende Fassung: V. 1. Trotz der Beschlagnahme darf die Merseburger Molkerei a) an ihre Milchlieferer, welche Selbstversorger sind (Abschn. II, Ziffer 1, nicht auch an die in Abschnitt II, Ziffer 2 genannten Wirtschaftsangehörigen), b) auf Anweisung des Magistrats zur Deckung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung (Abschnitt II) Butter liefern. 2. Die Höhe der freigegebenen Buttermenge richtet sich nach Abschnitt II und III. 3. Die Zuführung der Selbstversorgerfetten an die in Abschn. II, Ziffer 2 genannten Wirtschaftsangehörigen wird durch besondere Anweisung geregelt.

Merseburg, den 7. Mai 1919.
L. A. II. 812/19. **Der Magistrat.**

Verloren
am 10. Mai bei Tornau-Plantage oder auf dem Wege Tornau-Halle eine
silb. Herrenuhr m. Anhänger,
beides gezeichnet H. W. Geg. gute Belohnung abzugeben beim Pförtner der Chirurgischen Klinik, Halle, Magdeburger Straße 18. 1019

25-30 Korbmacher
auf Korbmöbel sucht dauernd
Zeitzer Transportkorbfabrik,
Zeitz. *649

Schuhmacher stellt ein
8901 A. Biel, Geiststr. 10.

Stotterer
erhalten gratis meine Broschüre über die Ursachen des Stotterns und die Beseitigung desselben ohne Arzt und ohne Berufsstörung (S. R. P.) Die Zusendung erfolgt sofort in Kuvert ohne Firma vollständig kostenlos.
H. Steinmeier, Hagenburg (Schaumburg-Lippe). *623

Fast neue Militärschuhe,
28½, zu vertauschen gegen größere. (1012) Langestr. 28, III

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung

Kaufe jedes Quantum
Grammophon-Platten
und Bruch, per kg Mk. 4.—,
Phonographenwalzen
und Bruch, per kg Mk. 5.—.
Sofort gegen Nachnahme auf meine Kosten senden. *652
F. Schmidt, Nürnberg,
Neue Gasse 13.

Verein der Obstpächter und -Händler von Halle und Umgegend. Gegr. 11. Mai 1906.
Unser diesjähriges 1021
13. Stiftungsfest fällt aus,
der Landestrauer wegen, und findet dieses Jahr nicht statt. **Der Vorstand.**

Ein tüchtiger, selbständiger **Feuerschmied**
für Winkel- und Bördelarbeiten,
ein tüchtiger, selbständiger
Autogen-Schweisser
und mehrere selbständige
Kesselschmiede
sofort für dauernde Arbeit gesucht. *589
Wohnung mit Gartenland vorhanden.
Bühring Aktiengesellschaft, Maschinenfabrik, Landsberg, Bez. Halle.

Zum sofortigen Antritt
wird ein
Fräulein für Kontoristen gesucht.
Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind schriftlich einzureichen.
Konsum- u. Spargenossenschaft für Merseburg u. Umg.
e. G. m. b. H. *648

Für ein Eisenerzbergwerk in der Prov. Hannover
1500 Bergarbeiter
bei billiger Verpflegung und Unterkunft und hohem Lohn
gesucht.
Meldungen im *647
Arbeitsamt Eisleben, Markt 21-22.
Der nächste Transport geht Dienstag, den 13. d. Mts. ab.

:: Ostermädchen ::
stellen ein.
Gustav Münzel, Kartonagenfabrik,
Kaufmannstraße 31. *40

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190512-17/fragment/page=0008